

Pöfener Zeitung.

Achtundachtzigster

Jahrgang.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Wilhelmstr. 17)
bei C. H. Alrici & Co.
Breitestraße 14,
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei F. Streifand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

**Annoncen-
Annahme-Bureau.**
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien:
bei C. F. Naube & Co.,
Haasenstein & Vogler,
Rudolph Mosse.
In Berlin, Dresden, Göttingen
beim „Invalidendank“.

Nr. 814.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal er-
scheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt
Posen 4 1/2 Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf.
Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deut-
schen Reiches an.

Sonntag, 19. November.

Inserate 20 Pf. die sechsgepaßte Zeile oder deren
Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1881.

Die kaiserliche Botschaft.

Die den Reichstag eröffnende kaiserliche Botschaft ist von dem Fürsten von Bismarck kontrafignirt. Damit übernimmt er die volle Verantwortlichkeit für den Inhalt derselben, und sie unterstellt sich ebendamit wie jedes andere Aktienstück der sachlichen Kritik. Einer solchen wollen wir uns daher zuwenden.

Die gewählte Form der Thronrede ist eine ganz ungewöhnliche. Die Person Sr. Majestät tritt in dem Aktienstück allenfalls in den Vordergrund und zeigt den Reichskanzler als durch den kaiserlichen Willen gedeckt.

Was, so muß man nun zunächst fragen, soll hiemit bezweckt sein? Will der Reichskanzler hierdurch lediglich konstatieren, daß er mit seinen in der vorigen Legislaturperiode gefallenen Vorlagen durchaus im Einvernehmen mit dem Kaiser sich befinden habe? Dies ist nicht anzunehmen, denn erstens versteht sich das eigentlich von selbst, da kein Minister in Preußen und Deutschland eine der Zustimmung des Monarchen entbehrende Politik verfolgen kann; um das zu bezeugen bedurfte es nicht der feierlichen Form einer kaiserlichen Botschaft; zweitens aber hat eine Thronrede doch nicht die Aufgabe, retrospektive Betrachtungen anzustellen; ihre Erörterungen sind vielmehr naturgemäß vorwärts, auf die Zukunft gerichtet, und unter diesem Gesichtspunkte ist auch die Form, welche für dieselbe diesmal gewählt worden ist, zu beurtheilen.

Da könnte sich nun vielleicht die argwöhnische Vermuthung regen, als sollte das Hervortreten des Kaisers den Fürsten Bismarck vor der öffentlichen Meinung entlasten, als solle der Nation gesagt werden: nicht der Reichskanzler, sondern Se. Majestät selbst ist der eigentliche Vater der neuen Zoll- und Wirtschaftspolitik. Der Reichskanzler hat nur den Willen des Kaisers — vielleicht mit schwerem Herzen, und nicht in allen Punkten mit ihm einverstanden — exekutirt, und ebenso tritt er jetzt nur als Organ dieses kaiserlichen Willens auf. Er würde gerne der zu Tage tretenden liberalen Strömung Rechnung tragen, aber für jetzt kann und darf er das nicht. — Diese Vermuthung ist von vornherein zu verwerfen; ein solcher Gebankengang und ein solches Vorgehen darf dem Reichskanzler nicht zugetraut werden.

Freilich bleibt dann aber für die Botschaft nur eine Deutung übrig, welche die Lage als eine überaus ernste und zu schweren Konflikten zugespitzte erscheinen läßt. Fast die sämtlichen während der letzten Legislaturperiode gefallenen Vorlagen — oder steuerpolitischer Natur, also der Kern des bestehenden Zwiespalts, werden für die bevorstehende Legislaturperiode wieder angekündigt, und zwar unter einer Motivierung, welche die wesentliche Aenderung derselben nicht vermuthen läßt. Die ganze vorhergegangene Zeit des Kampfes, die ganzen Kämpfe mit ihrem deutlichen Verdichte werden nahezu behandelt, als wären sie überhaupt nicht vorhanden. Ihr Vorhandensein wird eigentlich nur durch die gewählte außergewöhnliche Form der Thronrede anerkannt.

Kein Wunder, wenn unter solchen Umständen die Veranlassung laut wird, Fürst Bismarck sei entschlossen, seine innere Politik trotz des Wahlergebnisses und trotz aller gemachten Erfahrungen durchzusetzen und zu diesem Zwecke auch extreme Mittel anzuwenden. Er habe eine Auflösung des Reichstags bei sich ersehnt, die Gelegenheit in's Auge gefaßt, und inzwischen werde die offiziöse Presse Alles daransetzen, seine innere Politik als die eigentlichen Gedanken des Kaisers darzustellen; nachdem das von den offiziellen breitgetretene Schlagwort „für oder wider Bismarck“ sich als machtlos erwiesen, könnte dann für die nächsten Wahlen die Agitationsparole „für oder wider den Kaiser“, die in den diesmaligen Wahlkämpfen schon einige Male anlangt, ausgegeben werden.

Hiervon verspreche man sich einen regierungsfreundlicheren Ausfall der Wahlen.

Wir theilen diese vielfach laut gewordene Vermuthung hier lediglich mit und haben dazu nur die Bemerkung zu machen, daß das gewählte Mittel ein vom konstitutionellen Standpunkte aus ungemein bedenkliches wäre, ja eigentlich schon ein Verstoß gegen konstitutionellen Pfaden anzeigen würde.

Dies hat man auch offiziöserseits empfunden, wie aus dem letzten unten mitgetheilten Artikel der „Prov.-Korresp.“ hervorgeht, indem dort gesagt wird, aus der Thronrede spreche nicht die kalte konstitutionelle Lehre, sondern „das warme Herz des Kaisers“. Was damit freilich in sachlicher Hinsicht gewonnen ist, ist nicht einzusehen; den Armen und Bedrängten abzuwehren ist wohl jeder fühlende Mensch, das Reich zu kräftigen ist jeder deutsche Patriot gewillt; die Meinungen gehen nur über die Frage, also über eine reine Verstandes- und Zweckmäßigkeitsfrage auseinander, und jedenfalls steht soviel fest, daß in einem konstitutionellen Staate die „kalte“ konstitutionelle Lehre die allgemeine Richtschnur bilden muß, und daß zu jedem Zwecke eben mit der konstitutionellen Staatsform vereinbare Mittel angewandt werden können. In diesen Punkten aber und nicht in der Frage, auf welcher Seite, ob beim Fürsten Bismarck

oder auf Seite der oppositionellen Volksvertreter das größere Wohlwollen gegen die Allgemeinheit vorhanden sei, liegt das Wesen des gegenwärtigen Konfliktes.

Sehen wir uns nun die Thronrede näher an. Im Eingange werden an die Erwähnung des Reichshaushalts-Etats erfreuliche Betrachtungen geknüpft, zugleich aber wird die angelegentlich günstige Entwicklung der Reichsfinanzen schlechtweg der neuen Wirtschaftspolitik zu gut geschrieben.

Letzteres nun ist eine Behauptung, deren Richtigkeit eben durch die bevorstehenden Reichstags-Verhandlungen erst im Detail festgestellt werden wird.

Wenn die mit Hamburg erzielte Einigung als eine Förderung der deutschen Einheit, welche der aus ihr erwachsenden Kosten werth sei, bezeichnet wird, so möchten wir dazu bemerken, daß über jenes Abkommen selbst, nachdem Hamburg eingewilligt, allerdings nicht mehr viel zu sagen ist. Da aber Hamburg doch einen Freihafen behält, so kann man allerdings über die hohe Bedeutung des Abkommens für die Förderung der deutschen Einheit und über die daraus erwachsenden Kosten verschiedener Meinung sein.

Es folgt sodann die Aufzählung von Vorlagen, welche in der abgelaufenen Legislaturperiode gefallen sind und welche nun wieder vorgelegt werden sollen.

Den Reigen eröffnet eine Vorlage wegen Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden des Reiches. Die Wiederkehr dieses Projektes hat nebst der Ankündigung des Tabakmonopols wohl am meisten überrascht. Auf eine Mehrheit im gegenwärtigen Reichstage hat die erstgenannte Vorlage mit Sicherheit nicht zu zählen.

Den Schwerpunkt legt die Thronrede auf die „die Heilung der sozialen Schäden bezweckenden“ positiven Maßnahmen, und sie betont wiederholt und in einer Form, welche nie wieder wird repressirt werden können, daß die Hilfsbedürftigen überhaupt auf einen sichereren und ergiebigeren Beistand als bisher Anspruch haben, und daß speziell die Arbeiter „der Gesamtheit gegenüber einen wohl begründeten Anspruch haben“ nicht nur auf Einrichtung einer Versicherung gegen Betriebsunfälle und gleichmäßige Organisation des gewerblichen Krankenkassenwesens, sondern auch auf ein höheres Maß staatlicher Fürsorge, wenn sie durch Alter oder Invalidität erwerbsunfähig werden.

Das sind schwer wiegende Sätze, und sie werden es noch mehr, wenn man sich erinnert, daß noch während der letzten Legislaturperiode, und zwar noch nicht vor einem Jahre, in den Motiven zum Arbeiterunfallversicherungs-Gesetz die Regierung, d. h. also Fürst Bismarck, die Alters- und Invaliditätsversicherung nahezu für eine gegenwärtig unlösliche Aufgabe erklärt hat, deren Inangriffnahme noch die langwierigsten Untersuchungen und Erfahrungen voraussetze. Ebendamit wurde die Nothwendigkeit wenigstens theilweiser Abhilfe durch die Unfallversicherung begründet.

Nun sind allerdings die Liberalen ihrerseits ebenfalls der Meinung, daß den sozialen Schäden durch positive Maßnahmen gesteuert werden müsse, sie perhorresziren nur die bisherige Tendenz der Regierung, dies auf dem Wege der Staatshilfe und der Verstaatlichung, überhaupt durch weitgehende Steigerung der Regierungsgewalt zu versuchen. Es wird sich also vor allen Dingen fragen, ob die Regierung andere Wege, um zu dem erwünschten Ziele zu gelangen, einzuschlagen gedenkt. Man kann einzelne Sätze der Botschaft dahin auslegen; so z. B. die Aeußerung, daß das Arbeiterunfallversicherungs-Gesetz mit Rücksicht auf die im Reichstage stattgehabten Verhandlungen einer Umarbeitung unterzogen werde, und es wird ferner erklärt, daß gewisse Aufgaben, deren Lösung die Staatsgewalt allein nicht gewachsen sei, durch „engeren Anschluß an die realen Kräfte des christlichen Volkslebens und durch das Zusammenfassen der letzteren in der Form korporativer Genossenschaften unter staatlichem Schutz und staatlicher Förderung“ bewältigt werden sollen. Das sind aber immerhin noch recht unbestimmte Umrisse, und man wird daher abwarten müssen, wie sich die Vorlagen im Detail gestalten und welche Rolle z. B. sie dem Staate, welche der korporativen Bethätigung zutheilen. Hierauf wird Alles ankommen.

Die angekündigten Reformen kosten aber Geld, und dieses Geld soll durch neue indirekte Reichsteuern beibracht werden. Da diese neuen Steuern zugleich noch dazu dienen sollen, drückende direkte Landessteuern abzuschaffen und die Gemeinden von allen möglichen direkten Abgaben, insbesondere auch für Armenpflege und Schule, zu entlasten, so müssen die neu zu erzielenden Steuereinnahmen sehr hohe sein. Als solche neue Steuerquellen werden nun das Tabakmonopol und die stärkere Veranlagung der Getränke bezeichnet.

Das Tabakmonopol steht ja schon längst als drohendes Gespenst auf der politischen Bühne; daß es einen großen Ertrag in absehbarer Zeit nicht abwerfen kann, ist nachgewiesen; überhaupt ist dieser Gegenstand zur Genüge in der Presse diskutiert

worden. Wir konstatiren hier nur, daß die Beunruhigung des Tabakgewerbes fort dauern wird. Vom gegenwärtigen Reichstage ist eine Annahme der betreffenden Vorlage freilich nicht zu erwarten; das ergibt sich aus der Geschichte des Wahlkampfes.

Die Getränkesteuer allein aber, selbst wenn der Branntwein in den Brennereien entsprechend herangezogen werden würde — und ohne diese Bedingung ist auch eine Erhöhung der Getränkesteuer vom gegenwärtigen Reichstage schwerlich zu haben — reicht nicht für die angekündigten Steuererleichterungen, geschweige denn für die Kosten der geplanten sozialen Reformen hin.

Also auch hier ist die Aussicht eine trübe. Von den selbständigen Parteien des Reichstags ist an den steuerpolitischen Plänen der Regierung, abgesehen von zunächst liegenden sachlichen Bedenken, stets auch getabelt worden, daß sie nicht nur einseitig fiskalischer Natur seien, sondern auch die Macht der Regierung auf Kosten der konstitutionellen Einrichtungen unverhältnismäßig steigern und auch die Selbstständigkeit der Gemeinden vernichten würden. Dem begegnet die Thronrede, indem sie alle fiskalischen und reaktionären Hintergedanken bei den Regierungsbestrebungen in Abrede stellt und auch bestrittet, daß die erwähnte Wirkung thatsächlich, d. h. also selbst wenn sie nicht gewollt wäre, eintreten würde. Das eben ist aber gerade der streitige Punkt.

Die Segnungen der in der Thronrede vertretenen Politik werden freilich erst für künftige Generationen in Aussicht genommen und zugleich die weitere Durchführung dieser Politik von der Herstellung einer zuverlässigen Berufsstatistik der Bevölkerung des deutschen Reiches abhängig gemacht. Diese letztere Arbeit dürfte aber noch sehr lange Zeit in Anspruch nehmen, und so verschwimmt mit Ausnahme der Verlängerung der Budgetperioden, des Tabakmonopols und der Erhöhung der Getränkesteuer Alles wieder in Zukunfts-Dämmerung.

Was die Thronrede über die auswärtigen Beziehungen sagt, spricht für sich selbst und bedarf keiner Bemerkung. Die innere Lage ist um so trüber, und ein Ausweg aus dem Wirrsal ist so bald nicht zu erwarten, da Fürst Bismarck eine Direktive der Wähler und der Volksvertretung anscheinend nur in dem allerbeschränktesten Sinne anerkennt.

Jedenfalls empfiehlt sich mit Rücksicht auf die dem allverehrten greisen Monarchen schuldische Ehrfurcht eine durchaus sachliche und leidenschaftslose Diskussion der zu erwartenden Bismarckschen Vorlagen.

[Die „N. L. Z.“ über die Thronrede.] Die Thronrede, so schreibt das Eingangs erwähnte Parteiorgan, mit welcher der Reichstag eröffnet worden, enthält einen hocherfreulichen Punkt: den Blick auf unsere auswärtigen Beziehungen. Eingehender, als seit langer Zeit äußert sich hier die Reichsregierung über diese Seite ihrer Thätigkeit. Man hat die Empfindung, als ob der Kanzler das Bedürfnis gehabt hätte, gegenüber seinen geachteten Bestrebungen auf dem Gebiete der inneren Politik seine Erfolge auf dem großen Welttheater um so nachdrücklicher zu betonen. Ganz Deutschland wird mit aufrichtiger Dankbarkeit von der Friedenssicht Kenntnis nehmen, welche uns aus diesem berufenen Munde verkündet wird, und gerade wir Liberalen wollen die unvergänglichen Verdienste unseres großen Staatsmannes um die Erhaltung unserer Weltstellung und die Befestigung des allgemeinen Friedens desto bereitwilliger anerkennen, je geringer unsere Befriedigung über den sonstigen Inhalt der Thronrede sein muß. Was diesen letzteren betrifft, so charakterisirt er sich dadurch, daß das politische Ergebnis der Neuwahlen einfach ignoriert wird. Wir geben zu, daß dies Ergebnis nicht so schlechtweg als eine Verurtheilung der „Bismarckschen Wirtschaftspolitik“ aufgefaßt werden kann, wie vielfach behauptet wird. Wenn auch die eigentlichen parlamentarischen Träger der Schutzollpolitik auf dem Kampfplatze geblieben sind, so ist damit noch keineswegs erwiesen, daß nicht auch im heutigen Reichstage noch eine Majorität für den Zolltarif von 1879 zu finden wäre. Außerdem ist der Begriff der „Bismarckschen Wirtschaftspolitik“ viel zu unbestimmt, als daß sich von einer präzisen Stellungnahme des Reichstags zu derselben im Ganzen reden ließe. Auch daß die Neuwahlen über die soziale Reformpolitik des Kanzlers ein unzweideutiges Verdict gefällt hätten, läßt sich nicht behaupten. Vielmehr haben meistaus die meisten Kandidaten sich eine sachliche Prüfung der in dieser Richtung zu erwartenden Gesekentwürfe vorbehalten. Mit Genugthuung darf auch konstatiert werden, daß die Thronrede die betreffenden Pläne in erheblich milderem Lichte erscheinen läßt, als man nach den Andeutungen der offiziellen Presse erwarten mußte. Das offene Bekenntnis, daß für eine zedmäßige Lösung der Arbeiterfrage die Thätigkeit des Staates allein nicht ausreicht, die Bezugnahme auf die Mitwirkung korporativer Verbände sticht doch nicht unwesentlich ab von den rein sozialistischen Phantasien, welche in gouvemenentalen Zeitungsartikeln eine zeitlang zu Markte getragen wurden. Was endlich über die Fortführung der „Steuerreform“ gesagt wird, hält sich in ganz demselben allgemeinen Rahmen, wie die bekannte Denkschrift in der letzten Session. Aber einen sehr handgreiflichen Punkt giebt es in dieser langen Auseinandersetzung über die gesammte Bismarcksche Reformpolitik, und grade in diesem Punkte fest sich der Kanzler in den schroffen Gegensatz zu dem Resultat der Wahlen: wir meinen das Tabakmonopol. Man darf annehmen, daß durch die rückhaltslose Ankündigung desselben im gegenwärtigen Augenblicke alle Parteien überarast worden sind. Trotzdem bedauern wir sie nicht, vielmehr freuen wir uns der Klärung, welche auf diese Weise eintritt. Wenn das Tabakmonopol die Grundbedingung, der Existenz der Bismarckschen Reformpolitik ist, so steht von vornherein fest, daß ein positiv schaffendes Zusammengehen zwischen dem Kanzler und dem neuen Reichstage nicht möglich ist. — Bei solcher Sachlage kann es nicht Wunder nehmen, daß auch die Verlängerung der Etats-

periode wieder angekündigt wird, obgleich ihre Verwerfung durch den neuen Reichstag nur noch sicherer ist. Das praktische Facit des Ganzen müßte nach allen Gesetzen der konstitutionellen Logik offenbar eine baldige Auflösung sein. Doch ist nicht zu übersehen, daß als Vorbedingung für weitere Beschlußnahmen über die Reformpolitik eine zuverlässige Berufsstatistik der Bevölkerung des Reichs als notwendig anerkannt wird. Bis diese beschafft ist, wird eine geraume Zeit vergehen. Und mit der Zeit ändert sich ja so Vieles!

Deutschland.

+ **Berlin, 17. November.** Die blinden oder interessirten Berehrer der reichskanzlerischen Politik pflegen es als eine Verfindigung an der Nation zu brandmarken, wenn Jemand den Gedanken auszusprechen wagt, daß der Reichskanzler vielleicht auf dem Felde der inneren Politik eine nicht ganz so glückliche Hand habe als in der Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten. Gleichwohl jammern auch sie über das trostlose Schauspiel politischer Zerrissenheit und Verwirrung, welches Deutschland heute dem Auslande bietet; aber die Schuld ist nach ihrer Ansicht lediglich auf Seiten der Parteien, welche die genialen Konzeptionen und wohlwollenden Absichten des Reichskanzlers verkennen und verbrehen. Daß dem Reichskanzler ein wohlgeordnetes Maß von Verschuldung an diesem Zustande zukommt, wollen sie dagegen nicht zugeben. Daß aufrichtige Freunde des Reichskanzlers anders urtheilen, ersehen wir aus den Betrachtungen über „die Lage nach den Wahlen“, in denen sich Herr v. Treitschke in dem Novemberheft der „Preussischen Jahrbücher“ ergeht. „Eine konservativ-liberale Mehrheit, wie sie den Reichskanzler jahrelang unterstützte, ist vor der Hand unmöglich, und die Regierung selbst trägt einige Schuld an ihrer Niederlage; denn während sie der europäischen Diplomatie mit bewundernswürdigem Scharfblick bis in Herz und Nieren schaut, versteht sie den so viel einfacheren Charakter des deutschen Bürgerthums noch immer nicht richtig zu behandeln. Der schlichte Mann will zunächst wissen, wohin das Boot segelt, bevor er sich dem Steuermann anvertraut; er verlangt nach einem klaren festen Programm und wird unwirsch, wenn er kein Ende abseht.“ Daß Herr v. Treitschke dann das unwirsch gewordene deutsche Bürgerthum mit dem „wild gewordenen Philistertum“, dessen Wert die unerfreulichen Wahlen sind, verwechselt, kann bei dem professoralen Hochmuth des Mannes nicht überraschen. Das ist der Zucker zur bitteren Pille. Das eine unglückliche Wort, fährt Herr v. Treitschke fort, von dem „Patrimonium der Enterbten“ hat der Opposition Tausende von Stimmen gewonnen, denn es war unleugbar dem Wörterbuche der Sozialdemokratie entlehnt und arbeitete den gesinnungstüchtigen Anklägern des „Staatssozialismus“ geradezu in die Hände. Das „unglückliche Wort“ hat bekanntlich Prof. Wagner mit Ermächtigung des Reichskanzlers in die Wahldebatte geworfen.

□ **Berlin, 17. November.** [Die Thronrede. Die Präsidentenwahl.] Der Reichstag ist in der üblichen Weise eröffnet worden. Auf die Abweichung daß die Thronrede durch die Form einer kaiserlichen Botschaft gewissermaßen die Aussprüche derselben mit besonderer Feierlichkeit als die wirklichen Anschauungen des Kaisers versteht, wie die Offiziosen behaupten, wurde von keiner politischen Partei Gewicht gelegt. Der Reichskanzler ist durch seine Gegenzeichnung sowohl bei der Thronrede als bei der Botschaft der verantwortliche Träger der Regierungspolitik. Wenn die „Provinzial-Korrespondenz“, das Blatt des Reichskanzlers als preussischen Ministerpräsidenten, die Person des Kaisers, wie so oft schon früher, als Schild zur Deckung der Kanzlerpläne, vorzuschieben sucht, so ist

dies ein nicht streng genug zu verurtheilender Mißbrauch, der auf ernsthafteste, nicht ganz unwissenste Politiker gar keinen Eindruck macht. Solche Mittel sind zu oft gebraucht, als daß sie helfen könnten. Bismarck hat vor den Wahlen das „Entweder — Oder“ ausgespielt. Von den nicht ultramontanen Wahlkreisen hat sich eine zweifelhafte Mehrheit der Wähler gegen ihn entschieden. Was sollen nun neue Künste, wenn sie nicht etwa eine Auflösung vorbereiten? Eine Auflösung aber würde einen noch gründlicheren Sieg der entschieden liberalen Parteien zur Folge haben. Inzwischen aber wird nichts von den alten Projekten zurückgenommen. Verlängerung der Legislatur- und Budgetperioden, Tabaksmonopol, staatliche Arbeiterversicherung gegen Betriebsunfälle und gegen Invalidität, „gleichmäßige Organisation“ — warum nicht Verstaatlichung? — des gewerblichen Krankenkassenwesens, Biersteuer und anderweite Erhöhungen indirekter Steuern zur „Umwandlung der bestehenden direkten Staats- und Gemeindefasten in weniger drückende indirekte Reichssteuern“ — an diese Zaubermittel glaubt die Wählerchaft nicht. — Die Thronrede wird auch einen Theil der Sezessionisten, der schon Ministerlisten entwarf, von seinen Illusionen kurirt haben. Daß die Fortschrittspartei, nunmehr im Reichstage die stärkste liberale Partei, an eine beginnende liberale Ära nicht glaubt, konnte man aus Eugen Richter's vorgerichtigten Abschiedsrede an den V. Berliner Wahlkreis heraushören. Und die alte Einbildung, die Fortschrittspartei sprengen und Richter mit einer angeblichen Linken derselben isoliren zu können, findet keinen Glauben mehr. Die Geschichte der neuen Ära in Preußen ist noch unvergessen. Mit ruhigem Blute abwarten! sollte jetzt die Parole aller Liberalen sein. — Die Kombinationen der Zeitungen über die Präsidentenwahl sind mit größter Vorsicht aufzunehmen. Die „National-Zeitung“ spricht noch in ihrer Abendnummer von der Absicht der Liberalen, bei der Wahl des Präsidenten für Stauffenberg zu stimmen, ist aber vorsichtig genug, die Stellungnahme der Parteien zur Präsidentenwahl von der bisherigen erfolgten Gestaltung der politischen Lage abhängig zu erklären. Keinesfalls wird Freiherr von Stauffenberg Präsident; er denkt auch nicht daran, es werden zu wollen. Da die Klerikalen die weitaustragende Fraktion sind, aber selbst keinen Präsidenten stellen wollen und können, so werden sie gewiß einen zur Geschäftsführung geeigneten Konservativen — man spricht von dem in Nebenmala hervorgetretenen brandenburgischen Landesdirektor von Levetzow — präsentieren, der keinem ernstlichen Gegenkandidaten begegnen würde. Als der erste Vizepräsident würde das Zentrumsmittglied Herr von Frankenstein noch weniger Widerspruch finden, wenn sodann das Zentrum für die zweite Vizepräsidentenstelle sich mit der Linken aus irgend einen Liberalen vereinigte, so wäre diesem ebenfalls eine große Mehrheit erhalten. Die Fortschrittspartei hat in dieser Frage keinen Ehrgeiz — sie würde jedenfalls am liebsten sehen, wenn die Präsidentenfrage so klein als irgend möglich gehalten würde.

— Die „Nat.-Ztg.“ giebt ihren Eindruck von dem äußeren Verlaufe der Reichstags-Eröffnung folgendermaßen wieder: „Die Botschaft wurde schweigend angehört, ohne irgend ein Zeichen der Zustimmung. Die Verlesung dauerte 12 Minuten. Fürst Bismarck sprach mit lauter Stimme, es machte jedoch den Eindruck, als stände er unter dem Einflusse eines physischen Unbehagens; sein wiederholtes tiefes Athemholen und einige sekundenlange Unterbrechungen deuteten darauf hin. Nach der Verlesung erklärte der Kanzler im Namen der verbündeten Regierungen die fünfte Legislaturperiode des Reichstags für eröffnet. Dann verbeugte er sich tief vor der Versammlung, der bairische Bevollmächtigte Graf Lerchenfeld brachte ein begeistertes

aufgenommenes Hoch auf den Kaiser aus; der Bundesrath entfernte sich und der feierliche Akt war zu Ende. In der Diplomatengasse wohnten der russische Botschafter und Militärbevollmächtigte, der österreichische Militärbevollmächtigte, der portugiesische Gesandte und etliche Herren und Damen der Eröffnungsfest.

— Zu der Thronrede macht die „Prov. Korresp.“ folgende, kurzinhaltlich bereits auf telegraphischem Wege mitgetheilte Bemerkungen:

„Die vorstehende Rundgebung giebt den vollen und unzweideutigen Beweis, daß die bisherige Politik des Fürsten Bismarck im Einklange mit dem Kaiser, nicht etwa, wie behauptet worden, als Ausnahmemaßnahme der persönlichen Auffassungen und Ansichten des Kanzlers betrachtet werden ist. Den Verhältnissen gegenüber, welche in dieser Beziehung stattgefunden haben, entsprach es dem Wunsche des Kaisers, noch einmal für diese ganze vielgeschmähte Politik einzutreten. Es wäre an sich für kaum nötig gewesen, seine Uebereinstimmung wiederum auszusprechen, denn jeder der betreffenden Entwürfe konnte ja nur aus dem Grund kaiserlicher Ermächtigung eingebracht werden. Aber jene Spiegelungen eben, durch welche man das Volk irrezuführen versucht und theilweise wirklich beirrt hat, veranlaßten den Monarchen, einmal feierlich zu versichern, daß vornehmlich jene Bestrebungen, das Wohl der Arbeiter ihm selbst als heilige Pflicht erscheinen, daß er auf alle Erfolge, mit denen Gott seine Regierung segnet, mit um so größerer Befriedigung zurückblicken wird, wenn er das Bewußtsein mit sich nehmen könnte, den Forderungen der größeren Sicherheit und des Bestandes, auf den sie Anspruch haben, hinterlassen. Hier spricht offenbar nicht das Staatssozialistische, sondern die konstitutionelle Lehre, hier spricht das warme Herz eines kaiserlichen Herrn, der sein Leben noch für die Vermittlung der Bedürfnisse der Arbeiter und diese Aufgabe auch dem neuen Reichstage anvertraut. Wenn der Kaiser hiernach für die gesammten Pläne des Reichskanzlers auch angeht, der gegenwärtigen Lage mit solcher Entschiedenheit eintritt, so ist für Fürst Bismarck zunächst kein Grund vorhanden, dem Dienst des Vaterlandes zu entsagen: nach dem Bedingnisse der Wahlen konnte es vielleicht zweifelhaft erscheinen, ob die Bedingungen von der er stets sein Verbleiben abhängig gemacht, nämlich die Zustimmung und der entschiedene Wille des Monarchen, der gleichen Kraft vorhanden sei. Die jetzige Rundgebung des Kaisers, die unzweifelhaft den vorherigen persönlichen Eröffnungen entspricht, in dieser Beziehung keine Unklarheit mehr gelassen. Es wird sich darum handeln, ob sich in dem neuen Reichstage eine Mehrheit findet, welche bereit ist, die weitreichenden schwierigen Aufgaben, deren Leitung der Kaiser für seine Herrscherpflicht hielt, mit dem Kanzler Angriff zu nehmen, oder ob dieser, und zugleich wohl der Kaiser, dieses letzte schöne Ideal seines Lebens verzichten soll.“

— Die Vorbesprechungen über die Präsidentenwahl im Reichstage haben bis zur Evidenz ergeben, daß keine Fraktion vorhanden ist und am allerliebsten alle Fraktionen auf die Bestellung des ersten Präsidenten gern Verzicht leisten würden. Heute Abend werden sämtliche Fraktionen die Beratungen über die Präsidentenwahl fortsetzen. Wie die „Volks-Ztg.“ erzählt, ist man in sezessionistischen Kreisen geneigt, die Kandidatur des Abgeordneten Freiherrn von Stauffenberg für den ersten Präsidenten aufzustellen; die drei liberalen Gruppen Fortschrittspartei, Nationalliberale und Sezessionisten erstreben ein Zusammengehen bei der Präsidentenwahl, um so die einheitlichen liberalen Anschauungen zu dokumentiren. Andererseits hört man, daß das Zentrum gewillt ist, den Deutschkonservativen das Kommando des Vorgehens erneuert anzubieten und einen konservativen — es wird jetzt wieder Herr v. Levetzow genannt — zum Präsidenten, den Herrn von Frankenstein zum ersten Vizepräsidenten zu erwählen und den Liberalen die Stelle des zweiten Vizepräsidenten zuzuteilen. Es stellt sich jedoch heraus, daß Zentrum, Konservative und Reichspartei noch nicht die Majorität haben, und deshalb könnte man bei der Präsidentenwahl Ueberraschungen erleben. Bemerkenswerth ist, daß die Konservativen erklären, bei der jetzigen Sachlage gar nicht auf den Posten des ersten Präsidenten zu ambiren, da sie sich in der Minorität befinden und gerade in diesem Reichstage es an sachlichen und bewegten Debatten nicht fehlen wird.

Die allgemeine deutsche Ausstellung für Gesundheitspflege (Hygiene) und Rettungsweisen,

welche am 15. Mai nächsten Jahres in Berlin eröffnet und bis zum 1. Oktober dauern wird, verspricht nicht minder großartig und glänzend zu werden wie die berliner Fischerei- und Gewerbe-Ausstellung im vorigen Jahre. Man sieht einer lebhaften Theilnahme an derselben nicht bloß aus Deutschland, sondern auch aus Oesterreich und der deutschen Schweiz entgegen, ja, man hofft, daß selbst das Ausland in so fern nicht ganz ausgeschlossen bleibt, als eine Vertretung außerdeutscher Firmen durch deutsche Häuser ins Auge gefaßt ist. Um so mehr ist es auffällig und zu bedauern, daß in unserer Vaterstadt äußeren Vernehmen nach bis jetzt in den beteiligten Kreisen kein recht warmes Interesse zur Beschickung einer Ausstellung sich kundgegeben hat, welche gerade wie keine andere die Zwecke der Humanität und der allgemeinen Volkswohlthat zu fördern berufen ist. Allerdings dürfte es wohl keinem Zweifel unterliegen, daß unsere städtischen Behörden, welche auf Anregung des hiesigen Gesundheitsvereins Anfang dieses Jahres die Kosten zur Anfertigung von Plänen und Abbildungen der städtischen Wasserwerke, Schulen, Krankenhäusern u. A. bewilligten, um damit die kleine Nebenabtheilung für Gesundheitspflege in der hiesigen Gewerbeausstellung zu beschicken, um so eher jetzt zur Beschickung der großen Fachausstellung für Gesundheitspflege und Rettungsweisen in Berlin geneigt und befeß würdiger Repräsentation unserer Stadt daselbst ein angemessenes Opfer zu bringen bereit sein werden; dagegen sollen, wie wir hören, aus den Privatfreisen unserer Industriellen und Gewerbetreibenden, welche die dortige Ausstellung mit Aussicht auf Anerkennung und Erfolg zu beschicken wohl in der Lage sind, bis jetzt verhältnismäßig wenig Anmeldungen in Berlin eingelaufen sein. Da nun Eile bringend Noth thut, indem die Frist, bis zu welcher Anmeldungen in Berlin entgegen genommen werden, schon am 15. dieses Monats abläuft, so wollen wir, in der Hoffnung, dadurch manchen Säumigen oder Unentschlossenen unter unseren Mitbürgern noch zur Be-

theiligung anzufeuer, nachfolgend aus dem Programm der Ausstellung einige, wie es scheint, noch nicht allgemein genug bekannte Mittheilungen folgen lassen, welche über den Umfang, die hohe Bedeutung und den großen praktischen Nutzen derselben ein helleres Licht zu verbreiten geeignet sind.

Es ist, wie gleich vorweggenommen werden mag, ein Zeugniß für den großen Werth, welchen man in den maßgebenden Kreisen dem Unternehmen beilegt, und bürgt zugleich für die Sicherheit seines Erfolges, daß Ihre Majestät die Kaiserin und Königin Augusta und als höchster eventueller Vertreter Seine kaiserliche Hoheit der Kronprinz das Protektorat der Ausstellung übernommen und die Absicht dabei kundgegeben haben, für die besten Aussteller eine Anzahl goldener Medaillen zu stiften. An der Spitze des Zentralkomitees, dem die Organisation und Verwaltung obliegt, steht der Staatsminister a. D. Sobrecht, und eben so finden wir unter den übrigen Mitgliedern des Ausschusses und der verschiedenen Kommissionen die hervorragendsten Aerzte, Techniker, höhere Verwaltungsbeamte, große Industrielle und Gewerbetreibende aus ganz Deutschland, deren Namen für den Eingeweihten allein schon genügt, um voraus zu wissen, daß jedenfalls etwas Außersordentliches auf den Gebieten, welche die Ausstellung umfaßt, zu Stande kommen wird. Die Vorgängerin und bis zu einem gewissen Grade auch das Vorbild der berliner Ausstellung ist die internationale Ausstellung für Gesundheitspflege und Rettungsweisen in Brüssel im Jahre 1876, welche damals in der ganzen civilisirten Welt ein lebhaftes Interesse erregte und einen glänzenden Erfolg hatte; die Berliner wird sich indes von der Brüsseler in so fern unterscheiden, als sie, wie ihr Name „Allgemeine deutsche Ausstellung“ sagt, keinen internationalen Charakter hat, auch daß sie nicht, wie dort, vorwiegend bloß offiziell vertretene Körperschaften, Behörden, Verwaltungen, Vereine u. dergl., sondern auch Gewerbetreibende und Fabrikanten aller Art zuläßt, welche dem Ausstellungszwecke entsprechende Gegenstände liefern. Ferner ist die von den meisten anderen Ausstellungen abweichende, aber sehr lobende Bestimmung getroffen, daß die Gegenstände nicht nach der Gemeinsamkeit ihres Fabrikationsursprungs

gruppiert, sondern an dem Orte und in demjenigen Zusammenhange aufgestellt werden sollen, wo und wie sie in der Wirklichkeit angewandt werden. Die Ausstellung wird aus zwei großen Abtheilungen, die eine für Gesundheitspflege, die andere für Rettungsweisen umfassen. Die Gegenstände der Gesundheitspflege bilden 23 Gruppen, zu denen zwei weitere kommen, welche die dazu gehörigen Schriften und Zeichnungen in sich begreifen. In ähnlicher Weise gehören der Rettungsweisen dreizehn für die betreffenden Gegenstände und zwei für die Schriften und Zeichnungen an, welche zur Erläuterung letzterer dienen. Im Ganzen enthält also die Ausstellung 40 Gruppen, deren Ueberschriften nebst einigen, um einen ungefähren Ueberblick über den großen Umfang der Ausstellung zu geben.

I. Gesundheitspflege.

- 1) Grund und Boden und atmosphärische Luft (verschiedene Apparate zur Untersuchung und Messung u. c.).
- 2) Straßen, Wege, öffentliche Plätze (Methode und Material der Pflasterung u. c.).
- 3) Entfernung der Exuvien und Abfallstoffe (Reinigungsapparate, Kanalisationsanlagen und dergl.).
- 4) Öffentliche Wasserversorgung (dabin gehören Maschinen, Materialien, Apparate).
- 5) Öffentliche Beleuchtung (Gasbereitungsapparate, Messer, Apparate zur Erzeugung elektrischen Lichts u. s. w.).
- 6) Versorgung größerer Städte mit Lebensmitteln (Mahlhallen, Viehhöfe, Schlachthäuser, Bäckereien, Trinthallen u. c.).
- 7) Öffentliche Wasch- und Trockenanstalten.
- 8) Öffentliche Badeanstalten (nebst den zugehörigen Einrichtungen, Maschinen, Apparaten u. c.).
- 9) Öffentliche Unterrichtsanstalten (namentlich bezüglich ihrer gesundheitlichen Einrichtungen, der Ventilation, Heizung u. c.).
- 10) Das Wohnhaus (hauptsächlich in Bezug seiner gesundheitlichen Beschaffenheit, Einrichtung der Betten, Waschküchen und Koch-Einrichtung, Ventilation u. c.).
- 11) Gebäude, in welchen viele Menschen wohnen (Finde- und Waisen Häuser, Kadettenhäuser, Kasernen u. c.).

Die „Alln. Zeitung“ kommt in einer Erörterung der Präsidentenfrage im Reichstage zu dem Vorschlag, die Stelle des ersten Präsidenten dem Grafen Arnim-Beyenburg (deutsche Reichspartei) einzuräumen, die Stelle des zweiten Vizepräsidenten aber für die Liberalen und zwar für Herrn v. Stauffenberg zu beanspruchen, da Herr v. Jordanbeck aus bekannten Gründen unmöglich sei. So viel wir wissen, hat Herr v. Jordanbeck eine Auffstellung bei der Präsidentenwahl von vornherein abgelehnt. Die Liberalen dürften für Freiherrn v. Stauffenberg als ersten Präsidenten stimmen. Bis jetzt hat das Zentrum den Deutschkonservativen die Erneuerung des früheren Kompromisses, demzufolge diese den ersten Präsidenten, das Zentrum den ersten Vizepräsidenten (v. Frankenstein) stellen soll, noch nicht vorgeschlagen. Ein solcher Vorschlag des Zentrums würde die Lage erheblich klären.

Die „N. L. C.“ schreibt: „Die Berechnungen über die Stärke der liberalen Gesamtpartei pflegen auch die Mitglieder der süddeutschen Volkspartei miteinzuschließen. Eine liberale Opposition wird freilich in der Regel auch durch diese kleine Gruppe verstärkt werden; aber unter diesem Gesichtspunkt könnte man ebenso gut auch die Sozialdemokraten oder die Polen und die elässischen Protestler mit in Rechnung ziehen. Es könnte der Bildung einer gesamtliberalen Partei, sofern sie nicht leblich Negation und Opposition im Auge hat, nichts schädlicher und verhängnisvoller werden, als wenn sie nur nach rechts ihre festen Grenzen ziehen, nach links aber sich schrankenlos in den äußersten demokratischen Radikalismus verlaufen wolle. Und nicht nur einen solchen vertritt die süddeutsche Volkspartei, sie hat zugleich niemals einen glühenden Preußenhaß und den politischen Partikularismus verleugnen können. Das Kergerniß und der Spott, womit sich die schwäbischen Demokraten bei der Neugestaltung Deutschlands beladen, sollten nicht so rasch vergessen werden, und es scheint uns wahrhaftig nicht wohlgethan, den Liberalismus durch die Gemeinschaft mit einem Karl Mayer und einem Mann zu kompromittieren.“ — Wir halten diese Betrachtung für eine recht müßige, denn einmal denkt kein Liberaler daran, den Männern der Volkspartei die Hand hinzustrecken, sondern man zieht nur in Betracht, daß thatsächlich deren Stimmen häufig den Liberalen zu gut kommen werden. Sodann aber kann man heut zu Tage ein angebliches Zusammengehen der Liberalen mit Karl Mayer und Konsorten nicht kritisieren, ohne auch das Zusammengehen des Fürsten Bismarck mit Herrn v. Bismarck und anderen vom Jahre 1866 für unsterblich kompromittierten „Größen“ entsprechend zu erwähnen.

Der Bundesrath ist vom Reichskanzler im Auftrage Sr. Majestät des Kaisers folgender Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltungen des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen, sowie zur Erhöhung des Betriebsfonds der Reichskasse, unter Bezugnahme auf den Reichshaushalts-Etat zur Beschlußnahme vorgelegt worden. § 1. Der Reichskanzler wird ermächtigt, die erforderlichen Geldmittel, welche in dem Reichshaushalts-Etat für das Etatsjahr 1882/83 zur Befreiung einmaliger Ausgaben: a) der Verwaltungen des Reichsheeres im Betrage von 14,378,605 M., b) der Eisenbahnverwaltung im Betrage von 6,728,800 M., c) der Eisenbahnverwaltung im Betrage von 1,000,000 M., zur Verstärkung der Verwaltung der Post- und Telegraphenverwaltung im Betrage von 1,000,000 M. und zur Beschaffung eines Betriebsfonds für die Reichskasse im Betrage von 450,000 M., im Ganzen bis zur Höhe von 32,307,405 M. vorgesehen sind, im Wege des Kredits flüssig zu machen und zu diesem Zweck in dem Nominalbetrage, wie er zur Beschaffung jener Summe erforderlich sein wird, eine verzinssichere, nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 27. Juni 1868 zu verwaltende Anleihe aufzunehmen und Schatzguthabensausgaben zu tätigen. § 2. Die Bestimmungen in den §§ 2 bis 5 des Gesetzes vom 27. Januar 1875, betreffend die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Marine- und Telegraphenverwaltung, finden auch auf die nach dem gegenwärtigen Gesetz aufzunehmende Anleihe und ausstehenden Schatzguthabensausgaben Anwendung. — In dem Begleit-Briefe des Reichskanzlers an den Bundesrath wird bemerkt, daß die

Waffenquartiere für Arbeiter nebst innerer Einrichtung wie (8, 9, 10).
12) Räume, in welchen sich viele Menschen zeitweise aufhalten (Kirchen, Theater, Kinderbewahranstalten etc.).
13) Gasthöfe, Restaurants, Kaffeehäuser.
14) Fabriken, Laboratorien, Güttenwerke, einschließlich der Arbeiterwohnhäuser und Kolonien.
15) Landwirtschaftliche Anlagen (Tagelöhnerhäuser, Milchvieh etc.).
16) Heizung und Ventilationsapparate (so weit sie in den vorstehenden Gruppen nicht ausgestellt sind).
17) Verkehr auf Eisenbahnen mit Dampf- und Pferdebetrieb.
18) Verkehr auf dem Wasser (gesundheitgemäße Einrichtungen der Fluß- und Seebahnen, Kriegs- und Auswandererschiffe etc.).
19) Bekleidung und Hauptpflege (Bekleidungs- und Toilettengegenstände bezüglich ihrer gesundheitlichen Beschaffenheit).
20) Ansteckende Krankheiten (Isolirhäuser für dieselben, Instrumente zur Impfung).
21) Kranken-, Heil- und Pflege-Anstalten (deren innere Einrichtung, Apparate etc.).
22) Leichenbestattung, Leichenhäuser, Anatomien und Morguen.
23) Veterinärwesen (Schutzmittel und Apparate gegen ansteckende Tierkrankheiten, zur Ausübung der niederen Veterinärchirurgie etc.).
24) und 25) Literatur und Zeichnungen zu den vorstehenden Gruppen.

II. Rettungswesen.

26) Feuerrettungswesen (alle dahin gehörigen Apparate und Ausrüstungsgegenstände).
27) Schutz gegen die Gefahr des Blitzes (Blitzableiter).
28) Schutz gegen Ueberschwemmungs-Gefahr (Apparate und Einrichtungen zur Anführung von Hochwasser).
29) Schutz gegen Explosionsgefahr.
30) Schutzmittel bei dem Verkehr auf dem Lande (in Wagen und namentlich auf der Eisenbahn).
31) Schutz gegen die Gefahren beim Verkehr auf der See und auf Binnengewässern.

Einnahmen aus der Anleihe bereits im Etat unter Kapitel 23 der Einnahmen angeführt sind. Die unter demselben Kapitel bei Titel 3 zu einmaligen Ausgaben der Eisenbahnverwaltung außerdem in Einnahme nachgewiesenen 1,000,000 M. waren in den obigen Gesetzentwurf nicht aufzunehmen, weil die Ermächtigung zu ihrer Beschaffung im Wege der Anleihe bereits durch das Gesetz vom 9. Juli 1879 ertheilt worden ist.

Unter den Extraordinarien des Reichshaushaltsetats wird auch eine Forderung von 300,000 Mark zu Gunsten der internationalen Polarforschung figurieren. In der letzten Session hatte der Marineminister Stöck die Anfrage Virchow's, ob das deutsche Reich sich nicht auch, wie Rußland, Schweden, Desterreich und Holland, an der Errichtung meteorologischer Beobachtungsstationen in den arktischen Regionen betheiligen wolle, verneinend beantwortet, weil zur Errichtung ca. 600,000 Mark erforderlich sein würden, die nicht für diesen Zweck vorhanden seien. Der nachträgliche Entschluß Englands und Frankreichs, gleichfalls an dem Unternehmen Theil zu nehmen, ein Entschluß, der auch der im September in Petersburg abgehaltenen internationalen Polarconferenz bekannt gegeben ward, scheint auf die deutsche Regierung nicht ohne Einfluß geblieben zu sein.

Wie die „Germania“ mittheilt, hat Hofprediger Stöcker bei der Stichwahl in Minden über den freikonservativen Kandidaten, Ober-Regierungsrath Süß, dadurch den Sieg davon getragen, daß er in Folge einer von ihm im „Lübeker Kreisblatte“ abgegebenen Erklärung die Katholiken demselben ihre Stimme gegeben haben. In dieser Erklärung heißt es: „Den Kulturkampf wünsche ich von ganzem Herzen beiseite zu helfen und fordere die Wiederherstellung der Verfassungsparagraphen, welche die Freiheit der Kirche garantiren.“ Bekanntlich ist die Wiederherstellung dieser Paragraphen das Ziel aller ultramontanen Anstrengungen, weil gerade sie der Ausgangs- und Stützpunkt gewesen sind für alle die Uebergriffe in das staatliche Gebiet, welche den sogen. Kulturkampf hervorgerufen haben.

Ein Privattelegramm aus Lauenburg meldet der „Voss. Ztg.“ vom heutigen Tage: „Der Lauenburger Ritter- und Landschaft ist jetzt das Anschulungsmaterial gegen Berlin zugegangen. Eine Untersuchungskommission von sieben Mitgliedern wurde vom Kreistage eingesetzt, dagegen eine vorläufige Ausscheidung Berling's aus dem Kollegium abgelehnt.“

Die Herrn A. Bebel und W. Liebknecht veröffentlichen in berliner Blättern folgende, aus Dresden vom 16. November datirte Erklärung:

Die Mittheilungen des „Reichsboten“ in Bezug auf die Unterhandlungen, welche anlässlich der Stichwahlen im IV. und VI. Berliner Wahlkreise zwischen den Führern der Konservativen und Sozialreformern (den Herren Prof. Wagner, Hofprediger Stöcker, Disfelpamp etc.) einerseits und Angehörigen der sozialdemokratischen Partei andererseits stattgehabt haben, veranlassen uns zu folgender Darlegung:

Donnerstag Mittag, den 10. November, erschienen hier in Dresden zwei unserer berliner Parteigenossen und theilten uns mit, daß zwischen ihnen und den Führern der Konservativen und Sozialreformern Unterhandlungen wegen der bevorstehenden engeren Wahlen in Berlin stattgefunden und zu folgendem Resultat geführt hätten:

Wir, die Unterzeichneten nebst Hasenclever, sollten folgende Erklärung unterschreiben:

Wir erklären:

- 1) daß wir die arbeitsfreundliche Absicht der deutschen Reichs-Regierung in ihrer Reformpolitik anerkennen;
- 2) daß wir ernstlich gewillt sind, gemeinsam mit den sozial-reformerischen Parteien in Frieden an der Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu arbeiten;
- 3) daß wir hoffen, nach dem Worte eines unserer Reichstagsabgeordneten (?) durch energische soziale Reformen die Revolution zu überwinden.

32) Schutz gegen die Gefahren bei der Thätigkeit unter Wasser, bei Taucher- und Fundirungsarbeiten.

33) Schutz gegen die Gefahren beim Bergwerksbetriebe.

34) Schutz gegen die Gefahren beim Maschinen-, Mühlen- und Dampfkesselbetrieb.

35) Erste Hülfsleistung bei Verunglückten und Verletzten.

36) Erste Hülfsleistung bei Verwundeten und Kranken im Kriege.

37) Ambulancen, Lazarethe und Baracken und Lazarethschiffe im Kriege.

38) Apparate und Einrichtungen zur Pflege der Verwundeten im Kriege.

39) und 40) Literatur und Zeichnungen zu den vorstehenden Gruppen.

Die vorstehende Uebersicht lehrt, ein wie umfangreiches und vielseitiges Material auf dieser Ausstellung zusammentrifft und wie reichliche Gelegenheit den verschiedensten Zweigen der Industrie, Technik und Fabrikation des Gewerbes in unserer Stadt geboten ist, sich zu betheiligen. Hoffen und wünschen wir, daß diese Gelegenheit nicht unbenutzt bleibt, und daß Magdeburg auf der berliner Ausstellung im Mai 1882 würdig vertreten und ausgerüstet zu dem friedlichen Wettkampfe deutscher Stämme erscheint, durch den entschieden werden soll, was zur Wahrung und Erhaltung der edelsten irdischen Güter, des Lebens und der Gesundheit auf praktischen wie wissenschaftlichem Felde geleistet wird und geleistet werden kann. (Magdeb. Ztg.)

Das Geheimniß des Bettlers.

Roman aus dem Französischen von J. Dungen.

(11. Fortsetzung.)

„Ach!“ sprach Mark, dessen Züge sich zu verdüstern begannen; „leider dauerte dieser glückliche Zustand nicht allzu lange. Ich war im Kriege gefährlich an der Stirne verwundet worden; bei der Feuerschlacht, wobei ich fast immer arbeiten mußte, öffnete sich die Wunde wieder. Mein Augenlicht wurde bedroht und ich war nahe daran, blind zu werden.“

Das junge Mädchen faltete in stummen Entsetzen ihre Hände.

Als Preis für die Unterzeichnung dieser drei Punkte wurde uns geboten:

1) die oben erwähnten Führer der Konservativen und Sozialreformer Berlins wollten dafür eintreten, daß ihre Parteigenossen im IV. und VI. Berliner Wahlkreis bei der Stichwahl am 12. Novbr. für uns stimmten;

2) erboten sie sich, alsdann folgende Gegenerklärung zu unterschreiben:

„Dagegen erklären wir, daß wir, wenn die deutschen Sozialisten auf gesetzlichem Wege, innerhalb der bestehenden Staatsordnung die Reform anstreben, wir für die Aufhebung des Sozialistengesetzes im gegebenen Falle stimmen werden.“

Weiter wurde uns mündlich mitgetheilt: „Beigerten wir uns, auf diesen Vertrag einzugehen, so würden die erwähnten Führer die Lösung ausgeben: Stimmenhaltung und sei dann unsere Niederlage zu Berlin gewiß.“

Wir haben darauf entschieden und bestimmt mündlich erklärt:

1) daß wir jeden Schacher und Stimmenkauf von uns weisen; daß wir lieber 3000 ehrlich gewonnene Stimmen, als 30,000 erkaufte haben wollten; daß wir nicht in der Lage seien, die mit dem Erlaß des Sozialistengesetzes inaugurierte Wirtschaftspolitik der Reichsregierung: Vermehrung und Erhöhung der indirekten Steuern und Zölle auf notwendige Lebensbedürfnisse, Vermehrung der Militärlasten, Zinnungsgesetz und dergl. als arbeiterfreundlich anzuerkennen;

2) daß wir nie abgelehnt — wie unsere Haltung und unsere Erklärungen noch zuletzt gegenüber dem Unfallgesetz gezeigt — Reformvorschlüge der Reichsregierung ernsthaft zu prüfen, zu versuchen, sie unsern Wünschen entsprechend umzugestalten, und wenn sie unserm Standpunkt entsprächen, zu acceptiren, daß wir es aber ablehnen müßten, mit Parteien gemeinsame Sache zu machen, die in ihren Bestrebungen reaktionär und darum arbeiterfeindlich seien;

3) daß, wenn mit Punkt 3 die Annahme ausgesprochen sein sollte, als wollten wir eine gewaltsame Revolution, dies eine ganz willkürliche Annahme sei. Wir hätten stets erklärt, daß planmäßige, gründliche und ganze Reformen der gewalttätigen sozialen Revolution, die andernfalls eine nothwendige Folge unserer politischen und ökonomischen Entwicklung sei, vorbeugen könnten und wir nicht verantwortlich seien für Dinge, welche nicht in unserm Willen und unserer Macht liegen, sondern von dem Willen und der Macht unserer bisherigen Gegner abhängen.

Mit dieser Antwort reisten unsere Parteigenossen nach Berlin zurück. Das Wahleresultat ist bekannt. In Bezug auf dieses sei nur noch bemerkt:

1) hat ein Theil unserer eigenen Parteigenossen in Berlin, weil sie an einen Wahlerfolg unter dem kleinen Belagerungsstand nicht glaubten, in der ersten Wahl für die Kandidaten der Fortschrittspartei gestimmt;

2) hat ein noch größerer Theil unserer Parteigenossen und zwar besonders Kleinhandwerker, die Einen aus Feindschaft gegen die Fortschrittspartei, die Andern, weil sie durch in Aussicht gestellte ernsthafte soziale Reformen dazu veranlaßt wurden, in der ersten Wahl für die Kandidaten der Konservativen und Sozial-Reformer gestimmt.

Diese beiden Kategorien unserer früheren Wählerchaft haben sich nun bei der Stichwahl wieder auf unsere Kandidaten vereinigt, wohingegen die eigentlichen Parteigenossen der Herren Prof. Wagner, Stöcker und Genossen, der Meinung ihrer Führer folgend, wie auch das Stimmeneresultat zeigt, sich der Abstimmung enthielten.

Dies zur Klarstellung der Sache.

Die „Voss. Ztg.“ bemerkt dazu: Die zuletzt ad 1 und 2 aufgestellten Behauptungen der Herren Bebel und Liebknecht müssen wir in dem von ihnen angegebenen Umfange bestreiten. Wir bestreiten, daß das Plus der Wähler, welche im zweiten Wahlgange für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt haben, nur sozialdemokratische Wähler gewesen seien, die im ersten Wahlgange theils für den Fortschrittscandidaten, theils für den christlich-sozial-konservativen Kandidaten gestimmt haben. Wir behaupten vielmehr und wissen, daß ein Theil sogenannter Konservativen, bei denen die Annahme ausgeschlossen ist, daß sie Sozialdemokraten sind, aus Haß gegen die Fortschrittspartei im zweiten Wahlgange für die sozialdemokratischen Kandidaten gestimmt hat.

„Blind“, wiederholte der Greis. „Sie, die im strahlenden Lichte wandeln, kennen nicht entfernt die schreckliche Bedeutung des Wortes. Blind, wenn die Arbeit meiner Hände kaum ausreichte, um den Bedürfnissen des Tages zu genügen! Die Prüfung war zu hart, und ich fürchtete, zu unterliegen, dennoch aber gelang es mir, trotz des Abtrahens aller meiner Kameraden, meine Arbeit fortzusetzen, ich hatte es so zu sagen, im Griffe; aber was sie prophezeiten, traf ein. Eines Tages, durch die Gluth der Schmelze geblendet, streckte ich meinen Arm aus und sah den erhobenen Hammer meines Nachbarn nicht; dieser fiel hernieder und zerschmetterte meinen Arm!“

Ein Schreckensruf Henriettes war die Antwort auf diese Erzählung; sie glitt von ihrem Stuhl herunter zu den Füßen des Greises und küßte seine Hand, mit welcher er sie vergebens aufzuheben strebte, nachdem er den Handschuß, welchen er stets zu tragen pflegte, wieder über die verstümmelte Rechte gezogen. Als Henriette sich einigermaßen wieder gefaßt hatte, fuhr Mark fort: „So war also meine letzte Hoffnung, nämlich die, welche ich auf den Fleiß meiner Hände setzte, vernichtet; aber nicht dies allein brachte mich zur Verzweiflung. Ich erhielt kurz nachher auch zwei Briefe von Madame Armand, welche mir meldeten, daß alles Geld ausgegeben sei und der Hauswirth sie verklagen wolle. Denselben Tag, am Abend, kam noch ein dritter Brief, welcher nur zwei Zeilen enthielt, aber die furchtbare Nachricht brachte, daß Sie, theures Fräulein, tödtlich erkrankt darnieder lagen; ohne Arzt, ohne Geld, hilflos und elend!“

„Die Nacht, welche auf diesen Abend folgte, war die entsetzlichste meines Lebens! Aller Hoffnung bar, dachte ich im ersten Augenblicke nur daran, mir Ruhe durch den Tod zu verschaffen; doch mitten in meiner Seelenangst fielen mir die frommen Lehren meiner toten Mutter ein; als ehrlicher Mann durfte ich nicht feige diese Welt verlassen, ein Lichtstrahl fiel vom Himmel in meine Seelennacht; ich hatte bis jetzt reblich gekämpft und gearbeitet, jetzt, wo dies unmöglich geworden, beschloß ich, mich an den Edelmut meiner Mitmenschen zu wenden; kurz, ich beschloß, — ein Bettler zu werden!“

„Freilich regte sich auch der menschliche Stolz in mir,“ — fuhr der Greis fort, — „aber wie ich dies in mir fühlte.“

— Auf Grund des § 18 des Regulativs vom 29. Mai 1879 zur Ausführung des Gesetzes über die Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst vom 11. März 1879 ist zum stellvertretenden Vorsitzenden der Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte, an Stelle des von diesem Amte entbundenen Ministerial-Direktors Herrfurth, der Geheime Ober-Finanzrath und vortragende Rath im Finanz-Ministerium, Girth, ernannt worden.

— Auf das Schreiben eines evangelischen Geistlichen im Vergleich an den Reichsanwalt in Bezug auf den „belaugerten Ausfall der Wahlen, welcher möglicherweise eine Auflösung des aus so vielen widerstrebenden Elementen bestehenden Reichstags zur Folge haben könnte, wie es im Jahre 1866 bei dem Abgeordnetenhaus nothwendig geworden“, hat der „Ab. Westf. Post“ zufolge derselbe eigenhändig erwidert: „Varzin, 7. November 1881. Ew. Hochwürden danke ich verbindlich für Ihr freundliches Schreiben vom 3. d. M. und für den erneuten Ausdruck Ihrer Zustimmung. v. Bismarck.“ — Wie es scheint, hat der Herr Pfarrer eine ausführlichere Antwort erwartet.

— Ueber den sonderbaren Vorfall in Königsberg, den wir gestern erwähnten, finden wir in der „Königsb. Hart. Ztg.“ Folgendes:

Wie wir hören, hat das hiesige Polizeipräsidium unseren Herrn Oberbürgermeister bei der königlichen Regierung wegen Wahlbeeinflussung denunziert. Derselbe soll, nach Inhalt der Anzeige, sämtliche städtische Arbeiter und Nachtwächter angewiesen haben, für Dr. J. Möller zu stimmen. So unglaublich uns dieses Gerücht auch Anfangs erschien, hat uns Herr Oberbürgermeister Selke auf unsere drückliche Anfrage die Richtigkeit desselben bestätigt. Derselbe fügt aber auch hinzu, daß nicht bloß Alles, was gegen ihn vorgebracht wäre, auf Unwahrheit beruhe, sondern daß er es selbstverständlich unter seiner Würde gehalten habe, städtische Karrenleute und Nachtwächter in ihrem Wahlrechte zu beeinflussen. Seder, der Herrn Oberbürgermeister Selke kennt, wird ihm dies ohne jegliche weitere Versicherung glauben. Denn niemals hat ein Beamter in einer so schwierigen kommunalen Stellung es peinlich für eine Pflicht seines Amtes gehalten, jeder Partei und Wahlagitation absolut fern zu bleiben, wie er. Hat doch Herr Oberbürgermeister Selke in dieser Beziehung eine Zurückhaltung beobachtet, die so weit geht, daß er, so lange er im Amt, noch niemals einen seiner zahlreichen Untergebenen auch nur darüber befragt hat, mit welcher politischen Partei er zu wählen gedenke. Der Ausgang der Affaire kann natürlich nicht zweifelhaft sein.

— Aus Baden ist neuerdings die Nachricht gekommen, daß die früher bereits angeregte Frage der Schaffung eines gemeinsamen Buß- und Bettages für die evangelische Kirche in Deutschland wiederum aufgetaucht ist und viele Anfechter dieses Vorschlages findet, weil die große Zahl von Bettagen dem geschäftlichen Leben erhebliche Nachteile bringt. Die „Post. Ztg.“ kann nun aus bester Quelle mittheilen, daß in neuerer Zeit von zwei preussischen Konsistorien eine Proposition dahin gemacht worden ist, für ganz Preußen einen gemeinsamen Bettag einzuführen und denselben auf den 1. November zu verlegen, auf welchen Tag bekanntlich im ehemaligen Kurhessen diese Feier fällt. Zur Begründung dieses Vorschlages ist namentlich der Umstand geltend gemacht worden, daß der 1. November auch ein hoher Feiertag der Katholiken (Allerheiligen) ist, daß also mit der Wahl dieses Tages in doppelter Hinsicht eine Verringerung der durch die Verschiedenartigkeit der kirchlichen Festtage in Deutschland dem Geschäftsverkehr erwachsenden Schädigungen erzielt wird. Auf den Beitritt der norddeutschen Kleinstaaten zu dieser Aenderung, falls solche in Preußen perfekt wird, glaubt man mit Bestimmtheit rechnen zu können, und in der That soll bereits eine thüringische Kirchenbehörde den genannten Vorschlag unterstützt haben. Darüber, wie sich Sachsen und die süddeutschen Staaten zu einer derartigen Aenderung voraussichtlich stellen werden, ist noch nichts Positives zu sagen; indessen dürfte Baiern — so meint unser Gewährsmann — am wenigsten Ursache haben, Schwierigkeiten zu machen und zwar mit Rücksicht auf seine überwiegende katholische Bevölkerung.

— Die Handelskammer zu Straßburg war aufgefordert worden, auf dem zehnten deutschen Handelstage (am 9. und 10. f. M.) das Referat über die Frage des Tabaks-

monopols zu übernehmen, welches vorgeschlagen wurde, sie werde sich im Gegenstake zu dem Referenten (Herrn Nebelthau in Bremen) für das Monopol erklären. Sie hat dies aber abgelehnt, da sie prinzipiell und traditionell Gegnerin des Monopols sei.

— Der „Niederst. Anzeiger“ meldet aus Glogau, 17. Nov.: Der Redakteur des „Niederst. Anzeigers“, L. Beck, stand heute vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts unter der Anklage, den Reichsanwalt Fürsten Bismarck in vier Fällen beleidigt zu haben. Dem Angeklagten assistirte Herr Rechtsanwalt Mundel aus Berlin, der nach einer glänzenden Verteidigungsrede die Freisprechung seines Klienten beantragte. Der Gerichtshof erkannte nach längerer Berathung dahin, daß Redakteur Beck in drei Fällen der Beleidigung des Reichsanwalt nicht schuldig sei, in einem Falle aber, und zwar bezüglich eines aus der „Nationalliberalen Korrespondenz“ (dem Organe des Herrn von Bennigsen) übernommenen Artikels, erkannte der Gerichtshof auf schuldig und verurtheilte den Angeklagten zu einer Gefängnisstrafe von sechs Wochen. Der Vertreter der königlichen Staatsanwaltschaft hatte für jeden einzelnen Fall zehn Tage, für alle vier Fälle aber eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen beantragt.

— Ueber eine Aktion des Kanonenbootes „Sabicht“ im großen Ocean berichtet das „Marine-Verordnungs-B.“:

S. M. Kanonenboot „Sabicht“ verließ am 11. Mai dieses Jahres Apia, um mit dem dortigen Generalkonsul Zembich eine Informationsreise durch dessen Konsularbereich zu unternehmen. Auf der der Firma Bernsheim u. Comp. gehörigen Handelsstation Butuh war am 20. Mai der Händler Studenta von einem Salomon-Inulaner erschlagen und beraubt worden, welcher letztere sich alsdann in den Schutz des umwohnenden Tultubstammes begeben hatte. Zur Erledigung dieser Angelegenheit wurden in Apia unächst Doimetischer und Ortskundige an Bord genommen und dampfte das Kanonenboot dann am 25. Juli nach der etwa 18 Sm. weiter südlich liegenden Handelsstation Kapsu. Von dort aus wurden seitens des Generalkonsuls mit Hilfe der befreundeten Eingeborenen Verhandlungen eingeleitet, welche die Auslieferung des Mörders bezweckten sollten. Da diese Verhandlungen jedoch keinen Erfolg hatten, dampfte S. M. Bt. „Sabicht“ am 26. Juli früh nach dem Strandgebiete des Tultubstammes. Nachdem aber auch hier abermalige direkte Verhandlungen erfolglos geblieben waren, wurde auf Requisition des Generalkonsuls zu einer Züchtigung des Stammes, welcher dem Mörder Schutz gewährt hatte, geschritten.

Um 8 Uhr Vormittags schiffte sich der Kommandant des Kanonenbootes mit der aus 2 Offizieren und 44 Mann bestehenden Landungsabtheilung aus und dirigirte dieselbe, nachdem die Boote an einer günstigen gelegenen Stelle auf den Strand gelaufen waren, mit ausgearbeiteten Schlägen nach einem unweit im Busche gelegenen Dorfe. Das letztere war von sämtlichen Bewohnern verlassen, ebenso auch die Hütte, welche als diejenige des Mörders bezeichnet war. Da bei dem schwierigen dicht bewachsenen Terrain keine Aussicht vorhanden war, der Person des Entflohenen habhaft zu werden, so wurde seine Hütte zunächst in Brand gesteckt und zerstört. Zur selben Zeit wurden an zwei Stellen von Eingeborenen aus dem Busche heraus Wurfspieße auf die Mannschaften geworfen, welche jedoch niemanden verletzten. Das hierauf sofort eröffnete Schützenfeuer jagte die Eingeborenen in schleunige Flucht. Alsdann wurde das ganze, aus etwa 20 Hütten bestehende Dorf niedergebrannt und die Tarogpflanzungen, so weit gangbar, zerstört. Von den Eingeborenen ließ sich keiner mehr sehen und da eine Verfolgung, deren Ausdehnung sich gar nicht berechnen ließ, in dem ganz unwegsamem Buschterrain nutzlos gewesen wäre, so kehrte die Landungsabtheilung um 10 Uhr an Bord zurück. Hierauf dampfte das Kanonenboot auf 1000 Meter an den Strand heran und feuerte noch drei scharfe Granaten in das brennende Dorf und das umliegende Gestrüpp. Das Blasen dieser Granaten scheint auf die Eingeborenen eine große Wirkung hervorgebracht zu haben. Der ganze Tultubstamm zog sich tief ins Innere zurück und war auch durch Vermittelung anderer Eingeborenen nicht mehr zu erreichen. — Am 28. Juli wurde durch die Steffenstraße nach Meoko gedampft, woselbst das Kanonenboot am folgenden Mittag anferkte. Auf der Nebeninsel Utuan waren am 11. April cr. ein Dr. Kleinschmidt nebst zwei Assistenten, soweit bekannt, sämtlich Deutsche von Geburt, aus Anlaß eines Streites wegen stipulirter Dienstleistungen, von den Eingeborenen ermordet worden. In dieser Angelegenheit hatten bereits die auf der Dufe of Dorf-Gruppe anässigen Weißen dadurch Zufuß geübt, daß sie sich, nachdem sie erfahren, daß die Eingeborenen sich zur Ermordung sämtlicher Weißen verschworen hätten, im Verein mit einem befreundeten Stamm auf die Insel Utuan begeben und dort eine größere Anzahl Eingeborener erschossen hatten. Bei dieser Affaire sollen auch die meisten der bei der

Ermordung des Kleinschmidt Beteiligten gefallen sein. Es sollten sich jedoch noch einige der Betheiligten auf Utuan befinden, welche dorthin zurückgeführt waren, weil sie die Angelegenheit für abgethan gehalten haben mochten. In Verfolgung der Sache stellte der Generalkonsul am 29. Juli Abends die Requisition, am folgenden Morgen vor Tagesanbruch die Insel Utuan mit den Booten des „Sabicht“ von der Verbindung mit den anderen Inseln abzusperren. Am folgenden Morgen um 5 Uhr fuhren die armiten Boote zur Erledigung dieser Requisition ab, und schon um 7 Uhr 30 Minuten wurde eine der betreffenden Persönlichkeiten von dem Generalkonsul, welcher sich persönlich ans Land begeben hatte, um eine Vorführung der Beschuldigten zu veranlassen, an Bord abgeliefert. Später ist dieser Gefangene in Meoko zum weiteren Verfahren gegen ihn ans Land gebracht worden.

— Die „Danz. Ztg.“ erhält von einem Mitbürger folgende Mittheilung: „Es wird für Sie gewiß von Interesse sein, zu erfahren, daß von der russischen Regierung sämtliche Juden aus Orel, namentlich aber die armen, welche sich nicht zu helfen wissen, ausgesessen worden sind. Mein Vater, der Proviant für das Militär zu liefern hat, theilt dasselbe Schicksal, er ließ sich nicht abschrecken und ging direkt zum Gouverneur, aber derselbe gab ihm eine abschlägige Antwort. Viele haben ihr Hab und Gut für ein Butterbrot verkaufen müssen und sind theils nach Deutschland, theils nach anderen Ländern gewandert. Das Elend ist groß, Baron Ginsburg aus Petersburg hat selbst 3000 Rubel für die armen Ausgewiesenen gesandt. Wahrscheinlich wird es in anderen echt russischen Gouvernements nicht besser gehen.“

Frankreich.

Paris, 16. November. [Ueber die Entstehungsgeschichte des Kabinetts] herrscht noch einiges Dunkel. Gambetta scheint ursprünglich in der That die Absicht gehabt zu haben, Freycinet, Léon Say, Ferry und Challemel-Lacour in sein Ministerium aufzunehmen. Sie lehnten alle aus verschiedenen Gründen ab, Challemel-Lacour, weil er seine wohlbesoldete Stellung in London nicht aufgeben wollte, Léon Say, weil er zu den wirtschaftlichen Ideen Gambetta's, seinen Steuerprojekten, der Verstaatlichung der Eisenbahnen u. s. w. nicht seine Zustimmung geben zu können glaubte, Freycinet, weil er an dem Eintritt gewisser anderer Persönlichkeiten, namentlich Paul Bert's und Allain-Targé's, Anstoß nahm. Jules Ferry endlich würde nur dann ein Portefeuille angenommen haben, wenn die beiden letztgenannten Staatsmänner ein solches angenommen hätten. Es stimmen diese Einzelheiten nicht genau überein mit dem, was man in den letzten Tagen erzählte; doch scheint Gambetta nur einen flüchtigen und nicht einmal persönlichen Versuch gemacht zu haben, die genannten Herren für sich zu gewinnen. Seitdem er offiziell die Aufgabe übernommen hat, ein Kabinet zu bilden, ist von dem „großen Ministerium“ nicht mehr die Rede gewesen. In Gambetta's Umgebung giebt man zu verstehen, daß Freycinet, Léon Say und Jules Ferry wenig Neigung gezeigt hätten, Gambetta eine Annäherung möglich zu machen. Ähnliches sagt auch der „Temps“.

Portugal.

Nach einer aus Lissabon kommenden Mittheilung gilt daselbst die Realisirung des Besuchs, welchen König Alfonso von Spanien dem portugiesischen Königshause für den Anfang Dezember in Lissabon, anlässlich der um diese Zeit daselbst stattfindenden Rumpfaussstellung, abzustatten gedenkt, nunmehr als ziemlich gesichert. Seitens des portugiesischen Hofes beginnt man bereits mit Vorbereitungen für die aus diesem Anlasse zu veranstalteten Feste. Unter Anderem wird zu Ehren des königlichen Gastes eine Jagdpartie nach Mla-Uçoa veranstaltet werden.

Italien.

Rom, 16. November. [Aus dem Vatikan.] Die „N. Preuss. Ztg.“ schreibt: Zu Anfang des nächsten Monats wird der Papst ein Konsistorium abhalten, in welchem er mehrere Kardinele ernennen wird. Gegenwärtig sind 11 Kardinalshüte vakant. Es sollen die Erzbischöfe von Köln, von Sevilla und von Algier zu Kardinalen erhoben werden, d. h. lauter ausländische Prälaten. Dies hat seinen Grund. Früher bezahlte die päpstliche Regierung jedes Jahr 20,000 Lire an die Kurie, welche dann vom Papste für unbenutzte

glaubte ich auch zu gleicher Zeit das Bild meines gütigen Herrn vor meinen geistigen Blicken zu sehen, und der Gedanke, Du mußt um jeden Preis die Tochter Deines Wohlthäters und Freundes vor Elend und Tod retten, gab mir wieder die Kraft, die Demüthigung, welche Gott mir auferlegte, zu tragen. Den ganzen Tag redete ich mir das ganz ernstlich vor, und am Abend erschien ich auf der Straße, die Wangen vor Scham geröthet und Thränen in den Augen, und so fireckte ich die Hand aus, um milde Gaben zu empfangen.“

Henriette unterbrach ihn nochmals mit einem so kummer-vollen Aufschrei, daß er betroffen inne hielt. „Mein Gott, mein Gott!“, jammerte das arme Mädchen, „und dies Alles für mich!“ „Der liebe Gott belohnt mich“, sagte der Greis mit tröstlicher Stimme. Ich hatte die Augen geschlossen, um nichts zu sehen und hörte in demselben Augenblick, wie Jemand mit mit-leidigem Ausrufe vor mir stehen bleibt. Meine Uniform, das einzige ganze Kleidungsstück, welches mir geblieben, mußte ihn überrascht haben. Genug, ich fühlte ein Goldstück in meine Hand gleiten, und dieser Abend war ein glücklicher für mich, denn dem einen folgten bald noch mehr Gold- und Silbermünzen nach. So kam es, daß ich Sie nach Versailles brachte, und Ihr heiteres Leben sich entwickeln zu sehen, war eine unbeschreibliche Freude für mich. Seit einiger Zeit ist aber Alles vorüber. Ein Moment hat die Arbeit von zwölf Jahren zerstört. Statt des heiteren Lächelns, das mich empfangen, treffe ich ein von Nach-wachen und Thränen zerstücktes Gesicht!“

Das junge Mädchen reichte ihm unter Thränen beide Hände hin. „Nein, mein väterlicher Freund“, stammelte sie, „ich verspreche Ihnen, daß von dieser Stunde an Alles anders werden soll! Sie haben nicht umsonst durch Ihr Opfer mich mit Kennt-nissen ausstatten lassen, welche meine Dankbarkeit jetzt verwerthen soll. Sie dürfen Ihre arme, liebe Hand nicht mehr zum Betteln ausstrecken. Die Hände Ihrer Tochter sollen für Sie arbeiten und Sie erhalten. Wie oft hat mir Herr Sauron gesagt, daß, wenn ich ein armes Mädchen, statt eines reichen wäre, wofür er, Dank Ihrer Güte, mich hielt, meine Kunst, Fächer zu malen, mir eine hübsche Summe eintragen würde, und Herr Sauron kannte nicht alle meine Fähigkeiten“, fuhr sie mit Stolz fort, „auch meine Stidereien in Gold und Seide, welche ich stets nur

zu meinem Vergnügen schuf, sollen jetzt dazu dienen, meinem Wohlthäter zu nützen und sein Leben zu verschönern, und, glauben Sie mir, diese angeregte Thätigkeit wird mich auch manche Seelenschmerzen ertragen lassen, welche jetzt —“

Henriette konnte nicht weiter reden. Thränen ersticken ihre Stimme.

„Nun, so kommen Sie jetzt mit mir, um die Blumen zu betrachten, welche ich für Sie bringen ließ“, sagte der Greis in möglichst heiterem Tone; „über unsere Lebenspläne später. Jetzt bin ich übri-gens in die Vereinigung der Bettler aufgenommen, bin sogar der Präsident dieser Verbindung, und es würde schwer halten, mich daraus zu entfernen, doch jetzt zu unseren Blumen, mein Kind und bringen Sie Ihren Schwestern ein heiteres Lächeln mit.“

Henriette eilte auf die Terasse, sie ging von Blumenkorb zu Blumenkorb, aber der Greis bemerkte wohl, daß ihr Geist nicht dabei war und sie oft in tiefes, schmerzliches Sinnen verfiel. Um sie nicht zu stören, trat er wieder in das Zimmer zurück, als Madame Armand in großer Aufregung zur anderen Thüre eintrat.

„Was giebt es?“ fragte der alte Soldat halblaut, indem er sich ihr nahte.

Die Dame ergriff seine Hand, führte ihn an eine kleine Glashür, zog den Vorhang zurück und zeigte ihm einen Mann in einem Arbeiterkittel, welcher eben bemüht war, einen Kasten mit Blumen aus seiner Umpackung zu lösen.

„Erkennen Sie ihn nicht?“ flüsterte sie in sein Ohr.

Der Greis schüttelte den Kopf und deutete auf seine schwachen Augen.

Madame Armand ließ den Vorhang fallen und zog den Greis wieder in das Zimmer zurück. „Erinnern Sie sich doch“, flüsterte sie weiter, „jenes Lohndieners, welchen der Herzog von Fronsac abgefanbt hatte, es ist derselbe, ich kenne ihn wieder. Dieser abscheuliche Herzog läßt also seine Leute nicht aus den Augen.“

Der Greis schüttelte sein Haupt. „Unfinn“, sagte er, „der Herzog ist beim Heere.“

In demselben Augenblick kam Henriette mit glühenden Wangen in das Zimmer gestürzt und ergriff die Hand des

Greises, um ihn auf die Terasse zu ziehen; Madame Armand folgte.

„Seht dorthin“, sagte das Mädchen in großer Aufregung, „die beiden Männer, welche am Wagenschlag der Carosse, an dem Hause des Notars, in tiefem Gespräche stehen!“

Madame Armand stieß einen Ruf des Schreckens aus.

„Mein Gott! Da steht Herr Hubert!“

„Und der Andere“, erwiderte Mark, welcher mit seinen schwachen Augen kaum so weit sehen konnte, „der Andere ist Herr Moreau, der Notar.“

„Derselbe, welcher damals die Wohnung bei uns mieteten wollte“, entgegnete die Dame. „Ich sehe ihn ja so oft des Tages aus- und eingehen.“

„Aber“, warf Henriette ein, „wenn doch der Herzog von Fronsac verwundet ist, wie die Bulletins besagen, so find wir betrogen worden, und Herr Hubert ist gerechtfertigt. Mein Gott, wer bringt uns Aufklärung in dieser Sache?“

„Dieser Mensch kann es uns jedenfalls sagen!“ rief Madame Armand, indem sie auf Jakob deutete, welcher eben seinen Kopf zur Thür hineinsteckte.

Mark stürzte auf den Lohndiener zu und schleppte ihn in das Zimmer.

Dieser, anfangs etwas erschrocken, fand bald seine Fassung wieder und antwortete, als der Greis ihn heftig schüttelte, auf die Frage, wer ihn damals gefanbt: „Laßt mich los und seid nicht so heftig, sonst sage ich mehr, als Ihnen lieb ist, alter Herr!“

Mark brauste auf. „Was könntest Du zu sagen haben, wenn Du die Wahrheit sprichst?“

„Ich kenne das Geheimniß Ihrer Verkleidung, Herr Moreau, denn ich bin der Neffe von Frau Nachtigall und Kandidat für den Platz des verstorbenen taubstummen Bettlers an der Kirchenthür zu St. Roche, und ich —“

Mark drückte ihm die Hand auf die Lippen. „Schweige, Elender“, sagte er heftig, und als er bemerkte, daß Henriette und Madame Armand aufmerksam wurden und herüber blickten, fuhr er, lauter redend, fort: „Antworte jetzt auf meine Fragen, Du kennst den Mann, welcher unter dem Namen Hubert Madame Armand in Versailles besuchte?“

(Fortsetzung folgt.)

Revision des Zolltarifs nach der Richtung des Freihandels hin, aber vor allen Dingen eine Verminderung der Inlandssteuer.

Telegraphischer Specialbericht der „Posener Zeitung“.

Berlin, 18. November, Abends 7 Uhr.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Meinungen verschiedener Blätter, liberaler wie konservativer, als ob zwischen dem Kaiser und dem Reichskanzler irgendwelche Differenzen bestanden hätten, welche erst durch wiederholte Vorträge ausgeglichen wären, als durchweg aus der Luft gegriffen. Der Kaiser habe mit dem Reichskanzler erwogen, welche Stellung Angesichts des auffälligen Wahlergebnisses einzunehmen sein werde, und diese Erwägung habe den Kaiser zu dem Beschlusse geführt, die Opposition aufzufordern, daß sie nicht mehr nur negativ, sondern auch positiv sich an der Leitung der Geschäfte betheilige; es werde bei diesem Versuche sich zeigen, ob das Wahlergebnis der Ausdruck der Abneigung des Volks gegen die soziale Reform sei, wozu sich der Kaiser schon in verschiedenen Thronreden bekannt habe. Bestähe eine solche Abneigung und zwar bewußt und dauern, so dürften weitere Schritte nach dem Grundsatz, daß Wohlthaten nicht aufgedrungen werden, unterbleiben. Die gleiche Erwägung gelte für das Gebiet der Zollsteuergesetzgebung; der Kaiser habe im Grunde kein eigentliches Interesse an der Frage des Schutzzolls, wenn die Mehrheit der Bevölkerung vorziehe, die unabwiesbaren Staatslasten direkt aufzubringen, so würden für die Bedürfnisfälle eine Steigerung der Einkommen-, Klassen- und Gewerbesteuer ebenso wie die Besteuerung des Tabaks mit oder ohne Monopol in Vorschlag gebracht werden können.

Einem Telegramm der „Germania“ aus Rom zufolge erfolgte heute die Ernennung des Dr. Ropp zum Bischof von Fulda.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

„Geymann's Termin-Kalender“ für das Jahr 1882 sind soeben in zwei Ausgaben: a) für die Justizbeamten in Preußen, Mecklenburg, den Thüringischen Staaten, Braunschweig, Waldeck, Lippe und den Hansestädten; b) für die deutschen Rechtsanwälte, Notare und Gerichtsvollzieher erschienen. Derselben enthalten außer einem Kalenderium für tägliche Eintragungen z. den gesamten Status der Richter bezw. Rechtsanwalte, Notare und Gerichtsvollzieher, ein alphabetisches Verzeichnis der Gerichtsorte und sonstige den praktischen Dienst erleichternde Beilagen. Nach amtlichen Quellen bearbeitet, beschreitet der Justiz-Kalender seinen vierundvierzigsten, der unter Mitwirkung des Vereins deutscher Anwälte herausgegebene Rechtsanwalts-Kalender seinen dreißigsten Jahrgang, und haben sich dieselben fortbauend in der Gunst der betheiligten Fachkreise erhalten. Aber auch für den Industriellen und Gewerbetreibenden bieten dieselben wegen ihres reichen Adressenmaterials ein werthvolles Auskunftsmittel. Der Preis für jede Ausgabe beträgt 3 M., das Kalenderium mit Schreibpapier durchschossen, je M. 3.50. Gute Ausstattung und soliden Einband zeichnen diese Kalender überdies noch aus.

Die Spinnstube, ein Volksbuch für das Jahr 1882. Begründet von W. D. v. Horn (W. Dertel). Im Verein mit namhaften Volkschriftstellern fortgeführt von H. Dertel. 37. Jahrgang. Mit Stabilität und vielen Holzschnitten, Kalenderium zc. Preis 1.30 Mark. Die Spinnstube für 1882 ist wieder da. Wir haben sie gelesen und müssen sagen: „Sie bleibt immer neu“. Was für prächtige Geschichten! Welch weise Lehren! Die alten Freunde bleiben ihr treu, an neuen wird es nicht fehlen. Wir machen darauf aufmerksam. Die Einleitung: Ueber Hebung des Handwerkerstandes ist sehr beherzigenswerth. Eine stets willkommene Gabe für deutsches Gemüths- und Familienleben werden die alten Jahrgänge für Haus- und Volksbibliotheken gern angeschafft. Die Verlags-handlung hat sich daher entschlossen, die Jahrgänge 1875 bis 1880 für je 80 Pfg., alle 6 Jahrgänge zusammen genommen für nur 4 Mark abzugeben, solange der Vorrath reicht. Diese 6 Jahrgänge der Spinnstube enthalten in 85 Bogen 15 große Erzählungen und eine noch größere Anzahl kleinerer Aufsätze für Volks- und Familienleben und bilden eine stattliche Bibliothek.

„Deutscher Dichtermal“, literische Anthologie von Georg Scherer. Mit vielen Porträts und Illustrationen von R. Habert, Th. Hofmann, W. v. Kaulbach, R. Koch, C. Neureuther, R. v. Piloty, A. Reibel, L. Richter, F. Rothbarth, B. Thumann, Th. Weber, A. v. Werner u. A. Mehrere vermehrte Auflage. In feinstem Leinwandband mit Goldschnitt und reicher Verzierung. Preis 7 Mark. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt (vormals Eduard Hallberger). Dieses treffliche Buch, von welchem in verhältnismäßig kurzer Zeit sieben starke Auflagen abgesetzt wurden, bedarf kaum noch einer Empfehlung; ist es von der gesamten Presse „geradezu das Beste“ genannt worden, „was wir in dieser Gattung und auf diesem Gebiete besitzen“. — Die vorliegende achte Auflage kann in jeder Hinsicht wieder eine „vermehrte und verbesserte“ genannt werden: zu den 132 Namen der vorigen Auflage sind 18 größtentheils neuere Dichter hinzugekommen; die prächtigen Vollbilder auf feinstem Tonpapier sind abermals vermehrt; die Zahl der Miniaturporträts auf 60 erhöht; die Namen der übrigen Dichter von zierlichen Kopfleisten umrahmt; die äußere Ausstattung endlich (Druck, Papier und Einband) selbst die höchsten Ansprüche befriedigend. So wird „Georg Scherer's deutscher Dichtermal“ auch ferner unter allen ähnlichen Anthologien den ersten Platz behaupten und als sinnige Festgabe von dauerndem Werthe überall willkommen sein.

Locales und Provinzielles.

Posen, 18. November.

— Seminar-Konferenzen. Die Termine der diesjährigen amtlichen Seminar-Konferenzen in unserer Provinz sind nunmehr definitiv festgelegt worden. Bezüglich derselben erläßt das königliche Provinzial-Schulcollegium folgende Bekanntmachung: „Im Einvernehmen mit den königlichen Regierungen hier selbst und zu Bromberg bringen wir hiermit zur Kenntniß der Herren Schulinspektoren und Lehrer, daß bei dem Seminar zu Bromberg am 5. Dezember cr. und bei dem Seminar zu Kamitz am 7. Dezember cr. Vormittags 10 Uhr unter Leitung der betreffenden Seminardirektoren eine Konferenz für die Volksschullehrer beider Konfessionen aus den nächsten Schulaufsichtsfreien abgehalten werden wird. Es darf wohl erwartet werden, daß die Herren Lehrer diese Gelegenheit zur eigenen Fortbildung gern benutzen werden. Im Interesse der Sache ist auch eine rege Betheiligung der Herren Schulinspektoren erwünscht. Behufs Gewährung von

Beihilfen zur Bestreitung der Reisekosten stehen nur sehr beschränkte Mittel zu Gebote. Diejenigen von dem Konferenzorte entfernter wohnenden Lehrer, welche auf eine solche Beihilfe Anspruch machen, haben sich daher vorher an den betreffenden königl. Seminardirektor zu wenden.

— Ueber das Wahlergebnis bringt der „Dziennik“ einen Artikel, in welchem er, anknüpfend an die Haltung der polnischen Presse den Polen gegenüber u. A. sagt: „Was die lokale deutsche Presse zürnen und uns reizen, wie sie will, ihr Zorn und ihre Aufregungen werden in uns weder Zorn erregen, noch uns sonst aufregen; im Gegentheil sollten wir uns darüber vielmehr freuen, denn es beweist am besten die Wichtigkeit des von uns errungenen Sieges. Nicht an diese Presse, sondern an eine höhere Instanz soll unser Wort gerichtet sein. Mögen der Doktrinarismus, die Leidenschaft und die Bureaukratie über unseren Wahlsieg zürnen und sich aufregen, wie sie wollen. Für die höhere Politik, für die wahren Staatsmänner, soeben das gegenwärtige Regierungssystem sie besitzt, sollte das Wahlergebnis im Großherzogthum Posen und Westpreußen eine andere, ernstere, ein tieferes Eingehen auf die Sache herausfordernde, moral-politische Bedeutung haben, es sollte die Regierung zum Nachdenken bringen über das „rückwärtslose Germanisirungssystem in unserem Lande und unsrer Bevölkerung gegenüber“, welches als eine politische Nothwendigkeit ausgegeben wird. Der „Dziennik“ führt dann weiter aus, daß nur Schwäche der Polen den deutschen Gegner in seinen Vernichtungsplänen bestärken könnte, daß aber nunmehr, da die Polen Beweise ihrer Kraft gegeben und ein Element im Staate bilden, mit dem man rechnen müsse, das Germanisirungssystem, das für die Polen so schmerzhaft, für den Staat selbst aber durch seine Unersprißlichkeit wenig lohnend sei, sein Ende erreicht haben müßte. — Der „Dziennik“ vergißt, daß die Polen ihre Erfolge nicht der eigenen Kraft, sondern fast durchweg nur der Lässigkeit, Pflichtvergessenheit und Parteileienschaft der deutschen Wähler, insbesondere auch der vaterlandslosen Gesinnung deutscher Ultramontanen zu verdanken haben.

Die Regierungs-Polizei-Verordnung vom 23. Dezember 1835 wird dem Publikum vorzüglich schon jetzt wieder in Erinnerung gebracht, wonach bei Vermeidung einer Strafe von 1 bis 6 Mark oder verhältnismäßiger Haftstrafe auf dem Eise tiefer und gefährlicher Gewässer nicht früher gegangen oder mit Schlittschuhen gelaufen werden darf, als bis dasselbe von solcher Stärke ist, daß es nach der Erfahrung mit Sicherheit betreten werden kann. Der Zeitpunkt, von welchem ab dies geschehen kann, wird öffentlich bekannt gemacht werden. Zu den gefährlichen Gewässern gehören: 1) die faule Warthe und der Vorfluthgraben vor der Grabenschleuse; 2) die überschwemmten Bernhardsdörferwiesen; 3) die überschwemmten Dominikanerwiesen; 4) der Vorfluthgraben vor dem Schwalb- und Wildthore; 5) der östliche und westliche Vorfluthgraben beim Fort Radzivil; 6) die Warthe.

r. Unverhofft. Der Kaufmann in der Lindenstraße, welchem, wie bereits mitgeteilt, vor einigen Tagen eine kleine Reisetasche mit einem Schmucke im Werthe von 1200 M. sowie zwei silberne Broschen und anderen Kleinigkeiten gestohlen wurde, hat den Schmuck gestern in ganz unerwarteter Weise wieder erlangt. Es wurde nämlich in seiner Wohnung ein eingewickelter Etui durch einen Knaben abgegeben, welcher erzählte, er sei von einem jungen Menschen damit beauftragt worden. Beim Öffnen des Etuis ergab es sich, daß der Schmuck unversehrt in demselben enthalten war. Wahrscheinlich haben die Bursche, welche dem Kaufmann die Tasche entwendet haben, selbst eingesehen, daß sie den Schmuck nicht verwerten könnten und sich daher, damit derselbe bei ihnen nicht gefunden würde, des Schmuckes auf die angegebene Weise entäußert; dagegen haben sie die beiden silbernen Broschen und die anderen in der Tasche befindlichen Kleinigkeiten für sich behalten.

X. Lissa, 17. November. [Stadtverordnetenwahl.] Heute sind unter lebhafter Betheiligung der stimmberechtigten Bürger die Stadtverordnetenwahlen vollzogen worden. Es wurden gewählt die Herren: Apotheker Wimmer, Hotelbesitzer Seiffert, Bäckermeister Raubut, Kaufmann Adam, Kaufmann von Putzsch, Maurermeister Gerndt, Rechtsanwalt Geißel, Kaufmann Schubert, Kaufmann Hauener. Die ersten sechs wurden wiedergewählt und zwar für die Dauer von je sechs Jahren; die drei letzteren dagegen als Ersatzmänner für drei ausgeschiedene Stadtverordnete auf die Dauer von zwei Jahren neugewählt. — Die humoristische Musikgesellschaft „Brumme“ beging am Sonnabend die Feier ihres fünften Stiftungsfestes. Der erste Theil des Programms bestand in dem Vortrage von sechs Musikstücken, von denen ganz besonders das große Weihnachts-Potpourri „Der Christmarkt zu Breslau“ und die vom Dirigenten des Vereins zur Feier des Tages komponirte Polka „In heiteren Stunden“ großen Beifall ernteten. Im zweiten Theil des Programms gelangten zur Ausführung „Der Gang nach dem Eisenhammer“, mit Schattenbildern in 9 Szenen; hierauf ein komisches Intermezzo „Der Barbier von Nilopol“ und zum Schluß Vortrag eines mechanischen Automaten-Quintetts, welches, wie auch die vorhergehenden Nummern, allgemeine Heiterkeit hervorrief. Den dritten Theil des Programms endlich bildete ein Tanzkränzchen, an welchem die jüngeren Festgenossen recht regen Antheil nahmen.

— r. Wollstein, 17. November. [Amtsjubiläum.] Der waise Pfarrer, Am 14. d. M. beging Lehrer Mendelski in Groß-Posen sein 25jähriges Amtsjubiläum. Es betheiligten sich an demselben außer dem Kreis-Schulinspektor Wollstein von hier 21 Lehrer. Die Schulfeier eröffnete der Herr Kreis-Schulinspektor mit einer Ansprache, worauf der Senior der katholischen Lehrer des Kreises, Kantor Markwig aus Kopnitz, dem Jubilär einen geschmackvollen Regulator als Geschenk der Lehrer überreichte. Nach der Schulfeier fand ein mehrstündiges Beisammensein in der Wohnung des Jubilars statt, das durch verschiedene musikalische Vorträge und durch Toaste ersten und launigen Inhalts gewürzt wurde. Veranlaßt durch ein Inserat in der preussischen Lehrerzeitung, wurde eine Sammlung für eine arme Lehrerfamilie veranstaltet, die 13.30 M. ergab. Es wurde ferner bestimmt, daß der Ueberfluß der seitens des Festkomitees gesammelten Beiträge für das jüngste Kind des Jubilars zinsbar angelegt werde. — Die Zahl der verwaisten katholischen Pfarren im hiesigen Kreise ist durch den in diesen Tagen erfolgten Tod des Propstes Wojciechowski zu Tuchorze um eine vermehrt worden. Herr W. ist bis zu seinem Tode die Lokalinsektion über die dortige Schule verblieben.

□ Graustadt, 17. November. [Stadtverordnetenwahl.] Bei der gestern hier vollzogenen Stadtverordneten-Neu- und Ergänzungswahl wurden gewählt in der dritten Abtheilung: Schuhmachermeister Th. Grubl und Stellmachermeister G. Schorich, in der zweiten Abtheilung: Gasthofbesitzer A. Heppner und Müllermeister A. Gildbrand, in der dritten Abtheilung: Maurermeister G. Groffe, Kaufmann C. Barschall und Amtsgerichtssekretär S. Heinrichs. Die Betheiligung war eine geringe.

g. Aus dem Kreise Kröben, 17. November. [Schulangelegenheiten. Jubiläum.] Vorgestern wurde seitens des Kreis-Schulinspektors Wenzel die katholische Schule zu Gr. Lenka einer eingehenden Revision unterzogen und der zweite Lehrer Disert, welcher von der königlichen Regierung als zweiter Lehrer an der Schule in Siedlec bestätigt ist, entlassen. Die dadurch vakant gewordene Stelle übernimmt der Schulanwärter Ciesielski aus Kröben. An demselben Tage wurde der Schulanwärter Kandidat Motylewski als zweiter Lehrer an der katholischen Schule zu Niepart eingeführt und vereidigt. — Die seit einem Jahre an der Kommunal-Schule zu Panitz eingedrehten fünfte Lehrertelle, welche bisher von den Lehrern genannter Schule vertretungsweise versehen worden ist, ist nunmehr durch den Lehrer Schandl aus Lissa besetzt worden. — Vorigen Sonntag feierte der Organist Piotrowski in Niepart sein 50jähriges Amtsjubiläum, an welchem sich viele Lehrer der Umgegend betheiligten und eine Festmesse ausrichteten.

Rußland und Polen.

Petersburg, 16. November. [Spaltung der pan-slawistischen Partei. Die Nihilisten und die Polawisten von einer Spaltung bedroht werden, gewinnt an Wahrscheinlichkeit. Ein Theil derselben soll, wie der Berliner „Tribüne“ geschrieben wird, große Anstrengungen machen dafür, daß der jetzt hier weilende Gesandte in Paris, Fürst Orlow, dessen tiefe Abneigung gegen Deutschland bekannt ist, am Reichskanzler erhoben werde. Jedoch sind Ignatjew und sein Anhang entschiedene Gegner dieser Erhebung des alterschwachen Fürsten Gortschakow. Ignatjew dürfte wenig geneigt sein, dem Fürsten Orlow, der in seiner langjährigen Gesandtschaftsreise wenig hervorragendes diplomatisches Talent bewiesen, sich unterzuordnen. Großfürst Nicolai der Ältere soll eifrig für Orlow Partei ergriffen haben, der Kaiser selbst jedoch geneigt sein, die Entscheidung dieser Frage bis zur Zeit der Krönung zu verschieben. — Ueber die Nihilisten können wir folgende Nachrichten, die ebenso wahr-scheinlich wie interessant sind, mittheilen:

Der mit größter Machtvollkommenheit ausgerüsteten Ober-polizeibehörde, die ein ganzes Heer von öffentlichen und gemeinen Polizeidienern über die Residenz vertheilt hat, will es noch immer nicht gelingen, die nihilistischen Umtriebe der revolutionären Partei zu unterdrücken und die weitverbreiteten Verbindungen eines ohne Zweifel bestehenden Geheimbundes von Grund aus zu zerstören. Sind auch schon Tausende verhaftet, Hals über Kopf verurtheilt und den grausamsten Strafen, nicht selten unschuldig, unterworfen worden, die trüben politischen und ökonomischen Verhältnisse führen dem mit nicht geringen Geldmitteln versehenen Geheimbunde nichtsdestoweniger neue verzweigte Elemente zu. Da es nicht in der Macht einer noch so unbeschränkt und rück-sichtslos schaltenden Polizei liegt, diese Quellen des sozialen Elends zu trocknen, so ist gar nicht abzulehnen, wenn der nun schon einige Jahre im Terrorismus der mit Dolch und Dynamit arbeitenden Partei ein Ende nehmen wird. Dazu kommt noch hauptsächlich, daß die Polizei, namentlich die niederen, schon in so vielen Fällen sich als unzuverlässig erwiesen haben und der Bestechlichkeit zugänglich sind. Hat sich doch unlängst ein Polizeidiener bereit finden lassen, in einem Stadttheile, wo er nicht persönlich gekannt, die wohl überlieferten Exemplare einer revolutionären Flugschrift zu kopieren, ohne daß es den Behörden gelang, den verrätherischen Thäter zu entdecken. Bei einem anderen Polizeibeamten befand sich sogar eine große Niederlage der nihilistischen Zeitschrift „Semlja bolja“, deren Vertrieb er Monate lang unbehelligt besorgte. Als endlich seine vorgesetzte Behörde Wind von der Sache erlangte und dem Bezirksaufseher den schriftlichen Befehl erteilte, eine eingehende Hausdurchsuchung bei dem verdächtigen Beamten vorzunehmen, beschloß ein Kanzleischreiber diesen für fünf Rubel von der schrecklichen Gefahr, man fand bei ihm nichts Kompromittirendes, und der Verdächtige wurde in eine höhere Stellung befördert. Aber auch in diesem Wirkungskreise hielt er seine höchst einträglichen Verbindungen mit dem Revolutions-Komitee aufrecht, ließ sogar schon gefänglich eingezogenes gefährliches Individuum entfliehen, ermöglichte einer sehr kompromittirten hochgestellten Persönlichkeit durch Anschaffung eines Passes die Entweichung in's Ausland und wußte anderen einen sicheren nächtlichen Schlupfwinkel in den öffentlichen Räumen seines Stadttheils zu verschaffen, deren Ueberwachung und ständige Durchsuchung ihm oblag. Endlich jedoch wurde ihm das Vergehen seiner amtlichen Stellung reiches Kapital zu schlagen, und ist er auf Grund von Enthüllungen aus dem Anfangs des Jahres zur Verhandlung kommenden politischen Prozesse, in welchem er angeklagt figurirte, gefänglich eingezogen worden. Die Kunde von jener Vorfall ist aus dem Untersuchungsgericht ins Publikum gelangt, das sich jene „Schlaubeiten“ lachenden Mundes erzählt. Man darf sich versichern, daß dieser Polizeibeamte, der jahrelang so ge-läufig die Kunst, „aus dem Wasser trocken hervorzugehen“ (suchoj iz wody) praktiziert hat, nicht nach Sibirien verschickt werden wird, da er einen sehr einflußreichen Gönner haben soll, dessen Nerven er vor Verban-nung nach Sibirien zu bewahren gewußt.

Türkei.

Das Zirkular der Pforte, in welchem die Aufmerksamkeit der Mächte neuerdings auf die noch immer uner-löste Frage der Schleifung der Donaufestungen gelenkt wird, ist bereits den Signatarmächten des Berliner Ver-trages übergeben worden. Dasselbe besagt im Wesentlichen, daß nach Informationen, die der Pforte zugegangen, die alten Festungen im bulgarischen Fürstenthum entgegen den Bestim-mungen des Artikels 11 des Berliner Vertrages nicht bloß in ihrem Stande belassen wurden, daß sie vielmehr in formidabler Weise neu armirt worden sind. Unter Anderem wird angeführt, daß Arab-Tabia bei Rustschuk mit einer großen Quantität von Geschützen und Munition ausgerüstet worden. Auch Kruppsche Geschütze sollen dort aufgestellt worden sein und ganz kürzlich worden Baracken für die Unterkunft von Truppen dort eingerichtet worden sein. Das Zirkular schließt, indem es die ottomanischen Repräsentanten anweist, die ernste Aufmerksamkeit der Mächte auf diesen Stand der Dinge zu lenken.

Amerika.

Newyork, 5. November. [Die nächste reguläre Session des Kongresses] wird mindestens in einer Hinsicht von großem Interesse und je nach der Auffassung nämlich vor die Frage der Herabsetzung der Steuern und Bölle gestellt werden, welche verschiedene Klassen der Handel- und Gewerbetreibenden energisch fordern und für welche in der Tagespresse eine ziemlich lebhaft Agitation hervorgerufen haben. Man verlangt nichts Geringeres, als eine

□ **Wieschen**, 17. November. [Theater und Konzert. Gaunerei.] Der Vorsitzende des hies. Pestalozzivereins, Herr Rektor Bloel, ist eifrig bemüht, dem genannten Verein die nöthigen Geldmittel behufs Unterstützung armer Wittwen und Waisen zu verschaffen. Um Letztere mit einer angemessenen reichlichen Weihnachtsbescherung erfreuen zu können, haben Mitglieder des Vereins und des Pestalozzi-Vereins am 13. d. eine Theateraufführung mit Gesangsconcert zu Stande gebracht, wodurch eine Einnahme von circa 180 Mark erzielt wurde. Die beiden gut gewählten Stücke: „Ein Stündchen im Comptoir“, Pöste mit Gesang von S. Haber, und „Das Stiftungs-fest“ oder: „Deut Abend im Gesangsverein“, Schwan von Theodor Arnau, wurden exakt gespielt und fanden lebhaften Beifall. Von Gesängen kamen zum Vortrage: „Jagdlieb“, mit Hornbegleitung von Rodhorst, Recitativ und Arie aus der Oper: „Figaro's Hochzeit“, „Still ruht der See“ von Pfeil, der „Hidalgo“ von Schumann, „Schön Rothtraut“ von Veit, „Das Veilchen“, Terzett von Curschmann, und „Mein Herz thut dich auf“ von Abt. Sämmtlichen Mitwirkenden sei hiermit für die sehr guten Leistungen der Dank dargebracht. — Vor mehreren Wochen wurden (wie wir seiner Zeit berichtet haben; die Red.) die hier sehr geadelten Kaufleute Gebrüder Oppler um eine bedeutende Geldsumme auf eine eigenthümliche gaunerische Weise betrogen. Es entnahm nämlich der Gänsehändler S. K. aus Schwarzenau von den genannten Kaufleuten den Betrag von 2200 Rubel, wofür er eine Anweisung von seinem Onkel, der mit der Firma Oppler seit vielen Jahren in reger Geschäftsverbindung steht, einhändigte, wonach der Betrag für die auf seinen Namen entnommenen 2200 Rubel Russ. nach zwei Tagen in deutschem Gelde von ihm selbst zurückgezahlt werden sollten. Nachdem die Zahlung nicht erfolgte, erwiderte der betreffende Onkel auf eine telegraphische Anfrage, daß er von Nichts wisse und die Anweisung gefälscht sei. S. K. war nun mit dem Gelde flüchtig geworden. Die Gebrüder Oppler verfolgten seine Spur und derselbe wurde nach fünf Tagen in Weibern in Russisch-Polen ergriffen, ohne daß von dem entnommenen Gelde etwas bei ihm vorgefunden wurde. S. wurde hierauf der preussischen Behörde ausgeliefert und befindet sich in Untersuchungshaft. Trotz angestellter Recherchen von Seiten der hiesigen und auch der russischen Behörden konnte über den Verbleib des Geldes nichts ermittelt werden und hatten daher Gebr. Oppler bereits jede Hoffnung auf Wiedererlangung desselben aufgegeben. Vor einigen Tagen jedoch wurden sie schriftlich aufgefordert, sofort nach Weibern zu kommen, woselbst ihnen von dem dortigen katholischen Propste ca. 1500 Rubel ausbezahlt werden sollten. Die Freude der Gebr. Oppler war groß, als sie faktisk von dem betreffenden Propste 1500 Rubel als ihr Eigenthum zurückgekauft erhielten, ohne zu erfahren, wer dieses Geld dem Propste zur Weiterauszahlung eingehändigt hat. S. behauptet in seiner letzten Aussage vor Gericht, daß ihm diese Summe entwendet worden sei. Die Untersuchung gegen denselben ist noch nicht geschlossen und haben daher Gebr. Oppler Hoffnung, auch den fehlenden Restbetrag noch wiederzuerlangen.

□ **Schneidemühl**, 17. November. [Müller-Versammlung. Reichstags-Abgeordneter von Colmar. Kreisparafasse. Postagentur.] Der bromberger Provinzial-Zweigverein des Verbandes deutscher Müller veranstaltete mit seiner dies-jährigen Generalversammlung heute im Tantom'schen Saale hieselbst eine öffentliche Versammlung der Müller und Mühleninteressenten. Dieselbe war von 72 Personen besucht und wurde von dem Vor-sitzenden des Zweigverbandes Rittergutsbesitzer Falkenberg zu Chobielin eröffnet, indem derselbe die erschienenen Mitglieder und Gäste will-kommen hieß. Redakteur Girschberg zu Bromberg erstattete hierauf im Anschlusse an das Protokoll der letzten am 10. November vorigen Jahres zu Thorn abgehaltenen Generalversammlung einen Bericht über die Thätigkeit des Verbandes. Der Verein wurde im Jahre 1878 zu Bromberg mit 32 Mitgliedern ins Leben gerufen, 1879 zählte der Verein schon 46 Mitglieder, 1880 stieg die Zahl derselben auf 51 und zählt jetzt bei einem Auscheiden von 6 Mitgliedern und Auf-nahme von 9 neuen Mitgliedern 57. Im vorigen Jahre theilte sich der Verband durch eine Kollektivausschüttung an der zu Bromberg stattgefundenen Gewerbeausstellung und erhielt die silberne Medaille. In Bezug des Inkasso der Beiträge wurde in Vorschlag gebracht, in den Städten Bromberg, Inowrazlaw, Gnesen, Ratel, Schneidemühl, Deutsch-Krone, Königs- und Thorn Vertrauensmänner zu ernennen, welche sich dieser Mühe zur Erleichterung der Geschäfte des Verbandes unterziehen sollen. Der Vorsitzende machte darauf die An-weisung damit bekannt, daß der Vorstand beschließen habe, von den-jenigen Mitgliedern, welche Mühlen mit nur 2 Mählgängen besitzen, als jährlichen Beitrag 3 Mk. und von denjenigen, welche einen größeren Betrieb haben, 6 Mk. zu erheben. Die Ausgaben seien auf 475 Mk. normirt, doch seien die Beiträge nur spärlich eingegangen und nicht unbedeutende noch im Rückstande. Der Vorstand habe sein Amt niedergelegt und könnte aus dem Grunde die Decharge heute nicht, sondern erst in der nächsten Versammlung erteilt werden. Bei der Ergänzungswahl des Vorstandes wurden Falkenberg-Chobielin, Fick-Bromberg wieder- und H. Dreyer-Schneidemühl neugewählt. Die bisherigen Mitglieder des Ausschusses wurden bis auf E. Krause-Schliffelmühle, an dessen Stelle Mehl-Polnisch-Krone trat, sämtlich wiedergewählt. Bezüglich der Gesellenfrage bemerkte der Vorsitzende, daß die guten Arbeitskräfte nach dem Süden wandern und im Osten nur unbrauchbare Elemente verblieben. Das käme daher, weil die Mühlenbesitzer über die Gesellen keine Kontrolle hätten; Arbeits-scheine hätten keinen Zweck, und Arbeitsbücher wären für Gesellen, welche über 21 Jahre alt sind, nicht vorhanden. Die Mühlenbesitzer müßten daher zusammentreten und keinen Gesellen zur Arbeit nehmen, der nicht nachweisen könne, wo er im letzten Jahre gearbeitet habe; nur dadurch allein könne man die Spreu von den besseren Elementen aus-scheiden. Gutsbesitzer Breibisch zu Kramke fügt hinzu, daß man sei-tens des Verbandes dahin wirken müsse, daß die geselligen Bestim-mungen so ausgebeutet werden, daß auch die Gesellen, selbst wenn sie das 21. Lebensjahr überschritten hätten, ein Arbeitsbuch führen müßten. Präsident Wyngärt-Berlin meint, er könne nicht einsehen, daß das Gesetz hier eintreten müsse; das könnten die Mühlenbesitzer selbst bewirken durch Einführung von Verbandsarbeitsbüchern. Seitens des Verbandssekretärs mußte eine Konduitenliste geführt und dann kein Geselle in Arbeit genommen werden, welcher nicht ein Verbandsarbeits-buch vorzeigen könne. Die Verbände anderer Provinzen würden diesem Beispiele gern folgen. Es wurde darauf nach Schluß der Debatte be-antragt, der Zweigverein Bromberg wolle dahin wirken, daß Verbands-Arbeitsbücher eingeführt und Konduitenlisten für Müllerstellen ange-legt werden. Der Vorsitzende machte hierauf die Mittheilung, daß der Redakteur Girschberg zu Bromberg als Vertreter der Handelskammer zu Bromberg an der am 19. d. Mts. in Breslau stattfindenden Ober-schlesischen Eisenbahn-Konferenz theilnehmen werde und etwaige An-träge seitens der Mitglieder des Zweigvereins gern entgegennehme. Versicherungs-Inspektor v. Below zu Posen referirte alsdann über das Unfallversicherungs-wesen, bei welcher Gelegenheit Präsident van den Wyngärt aus Berlin auf die Vortheile hinwies, welche den Mitglie-dern des Verbandes hinsichtlich des Versicherungsweins erwachsen. Die Magdeburger Gesellschaft habe in den letzten 13 Jahren ihres Kontraktes mit dem Verbands 14 Millionen Mark mehr Feuerver-sicherungs-Entschädigung gezahlt, als sie während dieser Zeit an Prämien eingenommen und hinsichtlich der Unfallversicherungen für Müller im letzten Jahre 35,000 Mk. zugelegt. Hierauf trat eine kurze Pause ein und Präsident S. van den Wyngärt ergriff alsdann das Wort zu seinem an-gekündigten Vortrage über die Londoner Ausstellung und die technischen Neuerungen in der Mülerei. Der Vortrag währte über 2 Stunden und war höchst interessant und durch Vorzeigung von Apparaten und Erläu-terungen durch Abbildungen zc. überaus spannend. Die Ausstellung in London wäre herrlich gewesen. Obgleich die Zahl der Aussteller nicht allzugroß gewesen sei, so hätte dieselbe dennoch viel Interessantes und Neues geboten. Deutschland und die Schweiz hätten auf derselben

eine hervorragende Stellung eingenommen, auch Amerika, weniger aber England selbst. Die Engländer hätten die Ausstellung nur deshalb arrangirt um ihre Industrie, welche in den letzten Jahren in Stillstand gerathen wäre, zu vervollständigen und zu heben. Am meisten sei die Flachmüllerei, welche in England und auch in Deutschland eingeführt sei, vertreten gewesen. Die schottischen Müller, welche halbhoch mahlen, hätten allein eine Ausnahme gemacht. Unter den besonderen Neue-rungen sei die Schrotmüllerei von Heinrich Seck in Frankfurt a. M. hervorgetreten, desgleichen der Korymban-Walzenstuhl von Wegmann, die Mühlen-einrichtung von Robey u. Co. in Lincoln, der Graupen-apparat und die Centrifugal-Sichtmaschine von Martin aus Bitterfeld, eine elektrische Griesbüschputzmaschine und die Walzenstühle der Gebr. Seck in Bodenheim und Dresden. Alsdann erwähnte Redner eines elektrischen Fahrstuhles, des Betriebes der Elevatoren mittelst einer Kette und eines amerikanischen Richtscheides und gab zum Schluß eine Erklärung über die Getreidepreise in Newyork. Der Vorsitzende stattete alsdann dem Redner seinen Dank ab und schloß um 5 Uhr Nachmittags die Sitzung. Später fand in dem Tantom'schen Saale noch ein gemeinschaftliches Diner statt. — Unser Reichstagsabgeordnete Landrath v. Colmar hat sich zu den Reichstags-sitzungen nach Berlin begeben und ist die laufende Verwaltung der landrätlichen Geschäfte dem Kreissekretär Gumb übertragen worden. — Die Kreisparafasse hat im Laufe des Jahres 1880 einen Zuwachs von 237,584,76 Mk. erhalten. Zurückgezahlt wurden 168,175,89 Mk., so daß der Bestand am Schluß des Jahres 1880 504,227,68 Mk. betrug. — Mit dem 16. d. M. ist in Pöpel eine Postagentur in Wirksamkeit getreten.

Stadttheater.

Posen, 18. November.

„Der Leibarzt“, Lustspiel in 4 Akten von L. Günt her, hieß die Novität des gestrigen Abends, womit die Direktion abermals einen jener bei Beginn der Saison in Aussicht gestellten Wechsel einlieferte. Die Direktion hat mit Ausnahme der voll-werthigen „Tochter des Fabricius“ bislang wenig Glück mit ihren Novitäten gehabt, das schien auch gestern wie ein Alp auf dem Entschlusse des Besuches gelastet zu haben, denn der Zuschauerraum bot einen überwiegend verworrenen Anblick.

Unter den „Gesammelten Geschichten und Novellen“ von W. S. Nisch befindet sich auch eine hübsche Erzählung „Der Leibarzt“, die in humoristischer, spannender Weise schildert, wie ein bei einem kleinen deutschen Fürsten gleichsam aus Caprice und launischer Konsequenz angestellter Leibarzt (mit der ausdrücklichen Verpflichtung, nie von seinem Metier Gebrauch zu machen), diese seine passive Dulderrolle spielt und dabei den Schein auf sich ladet, der einflussreichste Intimus des unver-ehrten Fürsten zu sein. Was auch geschehen mag, Alles scheint zu Gunsten seines Einflusses auszufallen und der viel-leicht passivste Mann der kleinen Residenz hat die aktivsten heim-lichen Widerfächer und Gönner, je nachdem der Zufall dem Leibarzt seine heimliche Rolle diktiert. Eine heimliche Liebe des Medicus, deren Trägerin auch die Augen des Fürsten auf sich lenkt, führt vorübergehend zu einer Entzweiung und sogar momentanen Verabschiedung des Leibarztes, den nun auch der Fürst selber für einen Intriganten hält, bis endlich eine klare Ausein-anderlegung zwischen Fürst und gewesenen Leibarzt die Situation klärt und mit einem anderen ehrenvollen Posten bei Hofe bedacht, lesterer in der Lage ist, seine Braut zu heirathen und damit die kleine Novelle zum Abschluß zu bringen. Es steckt viel Humor in dieser fortbauenden Zwangslage nolens volens zum dauernd einflussreichen Mann gestempelt zu werden, wobei außer dem blinden Wahne der Umgebung auch der Zufall viel-fach und recht berechtigt mitzuwirken scheint. Ähnlich wie in „Der geheime Agent“ ist auch hier etwas bloß Fingirtes das eigentliche dramatische treibende Moment.

Günther hat sich dieses Stoffes nicht ohne deutliche Spuren von praktischem Bühnengeschick bemächtigt; wie einzelne Szenen und Situationen eng mit dem Vorbilde verschwifert sind, so ist andererseits auch emsig dafür gesorgt worden, neuen selbständigen Stoff hineinzutragen, und hier merkt man etwas die Sorge, wenn auch nicht Sorgfalt, den Stoff auf die offizielle Dauer eines Theaterabends auszudehnen; eine hübsche, schlagende Durch-führung des Fatalismus, unter dem der Leibarzt, hier Herr Dr. Müller, leidet, bis zum endlichen Einblick in die wahre Situation, wird durch allerlei zu breit geschaffene Nebenfiguren vereitelt, namentlich scheint uns das Verhältnis des Fürsten zu Frä. Alice etwas zu behaglich, breit und uninteressant gefühls-jelig behandelt. Hauptsächlich der letzte Akt leidet unter allerlei Längen. Und wie eine akute fzenische Wirkung durch oft lang-athmige Nebenfiguren, die ins Blinde auslaufen, zu Ungunsten aufgehoben wird, so sind auch viele der handelnden Personen nur zu sehr in den Neben dienst gestellt, nur für eine längere Dauer des Stückes vom Dichter engagirt, oft überhaupt sehr fragwürdig; es fehlt neben der Dekonomie der Handlung auch die der Personen, beides bedingt durch die Sucht ins Breite zu gehen. Bei unleugbar hübschen wirksamen Szenen beruht der Erfolg des Stückes namentlich auf dem Spiel der Darsteller, eben weil die Handelnden nicht im vollen Dienst der Hand-lung stehen.

Was nun die Wiedergabe des Stückes betrifft, so hätte durch eine stellenweise schlagfertiger Handhabung des Dialoges an Lebendigkeit gewonnen werden können. Den Gelben des Stückes, den Dr. Müller gab Herr Wilhelm mit jener braven Mittelmäßigkeit, die als pflichtgetreu, aber frei von geistiger Belebung sich kennzeichnen ließe, statt jovialen Bornes, und jenes fatalistischen Humors, machte sich im Großen und Ganzen eine elegische Grundstimmung geltend. Recht gut war Herr Engels-dorf als fürklichlicher Sonderling, der schließlich an der Sonne der Guld und Liebe aufsteht; seine Maske war (was nicht allzu-oft geschieht) dazu angethan, die Persönlichkeit über der darge-stellten Rolle zu vergessen. Frä. Sorma gab einen jungen Backfisch fürklichen Gebütes mit viel natürlicher Annuth und Innigkeit des Gefühls; der Fürstin Elisabeth, der Schwester des regierenden Fürsten verlieh Frä. Weinert lebendige Züge und Herr Magner als Bernhard von der Recke machte aus seiner etwas fragwürdigen Rolle, was daraus zu machen war.

Einen Hofmarschall v. Palsow, einen alten lebenswürdigen, geschmeidigen, aber von der Intrigue angekränkelten und ziemlich geistlosen Hofmann, eine der agierenden und die Bühne be-

lebendsten Persönlichkeiten des Stückes, spielte Herr Nett mit viel Lebenswärme. Den übrigen Personen hat der Dichter wenig hervorragende Eigenschaften angedichtet, die Damen Herrwegh und Frey und Herr Matthes sollen hier wenigstens genannt werden; schließlich mag aber auch noch darauf hinge-wiesen werden, daß die Rolle des Reifig suchenden Mädchens zwar keine bedeutende ist, aber doch nicht so unbedeutend, um sie nicht wenigstens in einem halbwegs bühnenwürdigen Deutsch-ben Zuhörern vorzuführen.

Staats- und Volkswirtschaft.

□ **Nürnberg**, 16. November. [Hopfenbericht von Leo-pold Feld.] Seit Beginn dieser Woche hat der Markt einen außer-ordentlich stillen Charakter angenommen. Sowohl die Rundschauf-bändler als auch die Exporteure zeigen nur mehr ganz geringe Kauf-lust und sind daher die Umsätze sehr klein und wenig umfangreich. Nachdem Montag noch ca. 500 Ballen verkauft werden konnten, sank die Verkaufsziffer gestern auf 300 Sacke herab und heute wechselten sogar nur 150 Ballen die Eigner. Die Preise der mittel und geringen Hopfen sind wiederholt um einige Mark zurückgegangen, nur wirklich Primaware, von der aber nicht viel am Markte liegt und die die einzige einigermaßen gefragte Sorte ist, behauptet sich fest im Preise. Die Mehrzahl der Eigner beginnt jetzt nachgiebig zu werden, so daß wenn sich ein ansehnlicher Bedarf einstellen sollte, derselbe unschwer gedeckt werden könnte. — Die Zufuhren sind fortgesetzt ansehnlich und übertreffen fast täglich den Umsatz, so daß der Lagerbestand stetig an-wächst. — Die Stimmung ist in Folge des dringender werdenden An-gebots und des Fehlens der Kaufkraft eine gedrückte und flau.

Die Notirungen lauten:

Marktware	prima	mittel	gering
Gebirgshopfen	Mk. 110—115	Mk. 100—105	Mk. —
Gallertauer Siegelgut	„ 120—125	„ —	„ —
Gallertauer ohne Siegel	„ 145—155	„ —	„ —
Mischgründer	„ 135—150	„ 115—125	„ 90—100
Württemberger	„ 110—125	„ 100—110	„ —
Badischer	„ 135—150	„ 105—120	„ 90—100
Polnischer	„ —	„ 105—120	„ —
Elässer	„ 135—150	„ 105—115	„ —
	„ 115—125	„ 100—110	„ —

** **Paris**, 17. November. Bankausweis.

Barvorrath	Zunahme.	5,430,000 Gold
Barvorrath	Abnahme.	3,937,000 Silber
Portefeuille der Hauptbank u. d. Filialen		33,930,000 Frks.
Gesamt-Portefeuille		7,967,000 „
Laufende Rechnungen der Privaten		22,659,000 „
Guthaben des Staatschazes		18,328,000 „
Notenumlauf		11,959,000 „
Verhältnis des Notenumlaufs zum Barvorrath		65,98.

** **London**, 17. November, Abends. Bankausweis.

Totalreserve	10,445,000	Zun.	77,000 Pfd. Sterl.
Notenumlauf	25,986,000	Abn.	124,000 „
Barvorrath	20,681,000	Abn.	46,000 „
Portefeuille	20,645,000	Zun.	174,000 „
Guth. der Priv.	23,323,000	Abn.	190,000 „
do. des Staats	3,123,000	Zun.	112,000 „
Notenreserve	9,437,000	Abn.	124,000 „
Regierungssicherheit	13,244,000	Abn.	351,000 „

Prozentverhältnis der Reserve zu den Passiven: 33 1/2 Proz. Clearinghouse-Umsatz 147 Mill., gegen die entsprechende Woche des Vor-jahres Zunahme 8 Mill.

Bermittltes.

* **J. D. S. Temme**, der bekannte Schriftsteller und Rechts-gelehrte, ist am 14. d. M. zu Zürich gestorben. Ein reich bewegtes Leben hat hiermit seinen Abschluß gefunden. Am 22. Oktober 1799 zu Lette in Westfalen geboren, besuchte er das Gymnasium zu Bielefeld und die Hochschulen zu Münster, Göttingen, Heidelberg, Bonn und Marburg, um die Rechte zu studiren. Nach absolvirtem Examen bekleidete er mehrere richterliche Aemter in der Provinz und wurde im Jahre 1839 als Direktor des Stadt- und Land-gerichts nach Berlin berufen. Als er sich hier politisch mis-liebig gemacht hatte, ward er 1844 nach Tilsit und vier Jahre darauf als Oberlandesgerichtsrath nach Münster versetzt. Er sollte nicht in seiner neuen Stellung bleiben. Von Tilsit in die Nationalversammlung gewählt, schloß er sich der Linken an und theilte sich 1849 an den stützgerter Beschlüssen. Seine freisinnige Haltung verwickelte ihn in einen Gopverathspröceß; die Ge-schwornen sprachen ihn zwar von dieser Anklage frei, jedoch erfolgte bald seine Entlassung aus dem Amte. Temme wandte sich nun zu-nächst der Journalistik zu und redigirte von 1851 bis 1852 die „Neue Oderzeitung“ in Breslau. 1852 erhielt er einen Ruf als Professor des Kriminalrechts an die Universität Zürich, wo er mit einer kurzen Unterbrechung bis zu seinem Tode als Rechtslehrer und Schriftsteller wirkte. Man hatte ihn nämlich noch einmal zu einer Rückkehr nach seinem alten Vaterlande bewogen und ihn 1863 im vierten berliner Wahlkreise zum Abgeordneten gewählt. Da er sich jedoch nicht mehr mit den neuen Verhältnissen befreunden konnte, ging er wieder nach Zürich zurück.

* **Aus der Reichshauptstadt**. Die „Hamb. Nachr.“ erzählen: Der Humor des Telephons treibt oft seltsame Blüten. Ein Bankier in Berlin, der mit dem neuen Apparat noch nicht allzu-wohl vertraut war, unterhielt sich kürzlich telephonisch mit einem Geschäfts-freund. Am Schluß der rein merantilen Unterhaltung noch einige Höflichkeit hinzu zufügen, ruft der Bankier hinüber: „Man hat Sie ja schon seit einer Ewigkeit nicht gesehen. Was machen Sie denn?“ „Ich war eine Zeit lang sehr krank“, lautete die Antwort. „So“, entgegnete der Bankier. „Sie sehen aber schon wieder recht wohl aus.“ Man kann sich denken, daß die gedankenlose Höflichkeitsschloß durch die Vermittelung des Telephons mit einem herzlichen Gelächter beant-wortet wurde.

Briefkasten.

200 R. Wenn bei Ihnen die Verhältnisse in Betreff der Fleisch-schau bereits geregelt und die Stadt in bestimmte Fleischschaubezirke getheilt ist, so sind Sie als Nicht-Fleischer gemäß der von Ihnen an-geführten Regierungsverordnung ebenso, wie die Fleischer, verpflichtet, das Fleisch eines von Ihnen geschlachteten Schweines von dem Fleisch-behauer Ihres Bezirkes untersuchen zu lassen. Strafbar ist derjenige Fleischbeschauer, welcher weniger als 1 Mk. für die Untersuchung eines Schweines liquidirt, nicht.

Alter Abonnent R. Es kommt bei Beantwortung Ihrer Frage ganz darauf an, ob die dortige Fortbildungsschule eine obligatorische oder fakultative ist. Ist die Fortbildungsschule eine obligatorische, so sind die Meister gesetzlich verpflichtet, ihre Lehrlinge in diese Schule zu schicken; ist sie dagegen eine fakultative, so ist für die Meister keine gezielte, aber doch eine moralische Verpflichtung vorhanden, ihre Lehrlinge die Fortbildungsschule besuchen zu lassen.

Verantwortlicher Redakteur: G. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Königsberger Thee-Compagnie.

London.
Königsberg i. Pr.

Altien-Gesellschaft.

Moskau.
Berlin.

Spezial-Geschäft zur Hebung des deutschen Thee-Konsums.

Verkaufsstellen für Posen und Umgegend bei den Herren
J. P. Peely & Co., Wilhelmsstr. 5 und
Gr. Gerberstr. 41.

Hugo Schulze, St. Martinstr. 53.

S. Smolinski, Wallisstr. 18.

Adolph Asch Söhne, Alt. Markt 82.

In Schweren bei Hrn. Michaelis Padt.

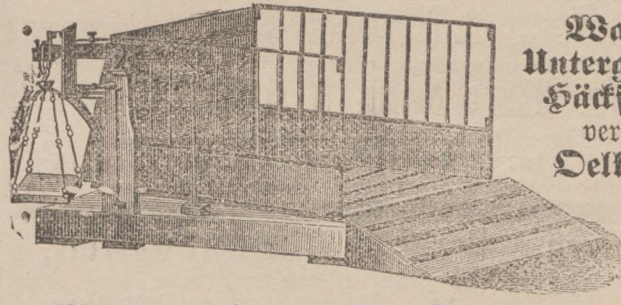
J. Eckart, St. Martinstr. 14.

Gebr. Mithke, Sapiehastr. 2.

Louis Ohnstein, Wilhelmsplatz 10.

Garantirt reine Chinesische Theen zu billigsten Preisen.

Plombirte Packete mit Schutzmarke zu 500, 250 und 125 Gramm Netto-Inhalt.



Wanzlebner —

Untergrund — Pflüge

Säckel-Maschinen

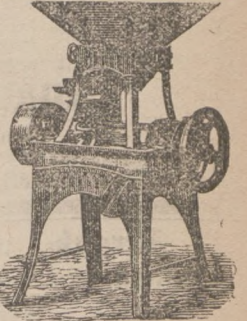
verschiedener Art,

Werkzeugenbrecher,

Kartoffel-

und

Rübenscheider



Schrotmühlen,

verbess. amerik. System.

Biehwaagen mit eisernem Gitter, Decimalsystem,
bei ungleichmäßiger Belastung nicht kippend.

offeriren, sowie andere landwirthschaftliche Maschinen und Geräthe

Gebr. Lesser, Filiale Posen, Kl. Ritterstraße 4.

Vertreter für Ruston, Proctor u. Comp. in Lokomobilen und Dampfdruckmaschinen.

Das Hausgrundstück, Posen, Gr.
Gerberstraße Nr. 43 (Hypotheken-
Nummer Posen, Altstadt Nr. 397)
werde ich am

15. Dezember 1881,

Vormittags 11 Uhr,

im Auftrage der Eigentümer in
meinem Bureau meistbietend ver-
kaufen.

Die Verkaufsbedingungen können
vorher in meinem Bureau einge-
sehen werden.

Meining,

Rechtsanwalt und Notar.

Ein Grundstück in guter Ge-
schäftsgegend, mit fester Bank-
Hypothek, ist mit geringer Anzahl-
ung zu verkaufen. Näheres Breite-
straße bei L. K. Wollenberg.

Frankfurt a./Oder.

Ein schönes, ganz nahe bei der
Stadt an der Hauptpromenade,
sehr freundlich gelegenes Grund-
stück, 21 Ar groß, mit 3 fast neuen
massiven Gebäuden, jedes circa

1 1/2 Hektar hoch, zu 19,000
Thaler veräußert, wobei eine mit
allen Bequemlichkeiten eingerichtete,
unterkellerte, gesunde, hochher-
schaftliche Villa, 8 Fenster Front,
mit Veranda und Giebelstufen,
einem sehr hübschen Vorgarten mit
Springbrunnen und einem an die
Villa anstoßenden Garten mit edlem
Ziergärtchen, Wein- und Rosenstöcken
u. s. w., soll Umfände halber zu
dem Hypotheken-Erwerbspreis
von 15,000 Thaler bei
nur mäßiger Anzahlung baldigst
verkauft werden. Das Grundstück
eignet sich seiner günstigen Lage
halber auch ganz vorzüglich für
Baunternehmer und gewerb-
liche Anlagen. Offerten unter
F. C. M. an Rudolf Mosse in
Frankfurt a./Oder, Breitestr. 23
erbeten.

Ein Vorwerk

im Gnefener Kreise, 213 Hektaren
guten Bodens, bei gutem Inventar
und Gebäuden ist zum Verkauf. —
Hypothekenstand gesichert. Entfer-
nung zur nächsten Bahnstation 1
Meile. — Näheres Auskunft erteilt
A. Wierzbicki, Gnefen.

In Skrydlina

sind zu verkaufen
Waldparzellen
von 650 Joch, wovon 1 Theile aus
weichem und 1 Theil aus hartem
Material bestehen, 4 1/2 Meile von
Wieliczka an der Chaussee und
1 Meile von der im Bau begriffenen
Transversalbahn gelegen. Näheres
Auskunft erteilt auf frankirte An-
fragen der Herrschaftsbefitzer
Sigismund von Pruszyński,
Post Skrydlina in Galizien
über Krakau.

Thee-Lager

neuester Sorte, kräftig und fein
schmeckend, empfiehlt billigst
J. N. Piotrowski, Posen

Rohe Caffee's - Niederlage
bei M. Wize, St. Martin 57,
zu billigsten Preisen.

Hängelampen, Hängelampen,

verkauft, um gänzlich damit zu räu-
men, zu Fabrikpreisen.

D. Zadek,
Bronnerstraße 92.

Wilhelm Otto Meyer

Bremen
Caffee-Lager
versendet steuerfrei und franco
hochfeinen Java-Caffee à Pfd. 1 M.,
Prima Guatemala-Caffee à Pfd. 1
M., exquisit feinen Portorico-
Caffee à Pfd. 1,20 M., hochfeinen
Ceylon Plantation à Pfd. 1,20 M.,
allerfeinsten Ceylon Plantation à
Pfd. 1,40 M.

Nimrod — Achtung!

Für jeden Jäger ist es bei An-
schaffung eines Gewehres von
Bedeutung, die beste Bezugs-
quelle zu wissen, um mit geringem
Geldopfer auch ein gutes Jagd-
gewehr zu erhalten, und kann ich
durch langjährige Erfahrung und
Erproben die

Gewehrfabrik

Gebrüder Rempt in Suhl

jedem Jäger empfehlen; als Spe-
zialität arbeitet diese Fabrik Jagd-
gewehre nach Englischen Systemen
von vorzüglichem Material und
Arbeit, sehr preiswerth.

Lübbichs.

Oberförster Wendte.

Mit Preislisten stehen franco und
gratis zu Diensten.

Gewehrfabrik

Gebrüder Rempt. Suhl.

Ungar-Weine,

weiß und roth, zu 60, 70, 80, 100
und 120 Pf. per Liter incl. Faß,
liefert gegen Nachnahme
Weingroßhandel
G. Mittenzweig, Graz.

Bratheringe.

Heringe, schon vom jetzigen Fange,
fr. gebraten, empfehle ich Jedem als
Delikatesse, das Faß 9—10 Pfund
schwer, franco unter Post-Nachnahme
zu 3 Mk. 50.

P. Brotzen,

Gröslin, Reg.-Bez. Stralsund.
Bekanntmachung.
Die Deltener Ofenfabri-
kanten haben sich dahin vereinigt,

fortan Einheitspreise festzusetzen und
wünschen, daß für Berlin u. andere
große Städte größere Abnehmer an
sie herantreten möchten.
Näheres Auskunft erteilt der Alt-
meister W. Schurbaum in Belten,
N.-B. Potsdam.

Ein vollkommen glücklicher
Mensch ist, der nie an
Zahnschmerzen leidet.

R. F. Goshornarzt Dr. Popp's
Anatherin-Zahn- u. Mundwasser
verhindert dieselben, ist von äußerst
wohlthuender und erfrischender Wir-
kung, conservirt die Zähne und das
Zahnfleisch, beseitigt den üblen Geruch
aus d. Munde. In Flasch. zu 1, 2 u. 3 Mk.

R. F. Pulver, 1 Mark.
Goshornarzt Pasta, in Dosen 2 Mk.
Dr. Popp's Pasta, aromatische,
macht blendend weiße
Zähne, 60 Pf.

Zahn

Blombe zum Selbst-
ausfüllen hohler Zähne,
pr. Etui 4,50 Mk.

Dr. Popp's Kräuterseife, medi-
zinische, zur Verschönerung des
Teints und gegen alle Hautunrei-
nigkeiten. 60 Pf.
Zu haben in Posen: Dr. Waohs-
mann (Elsner'sche Apotheke).

Emser Pastillen

(acht in plombirten Schachteln)
ein bewährtes Mittel gegen
Husten, Keiserkeit, Verschleim-
mung, Magenschwäche, u. Ver-
dauungsstörung.

Emser Quellsalz

in flüssiger Form, zu Inhal-
ationen und zum Gurgeln em-
pfohlen.

Emser Victoriaquelle.

Vorräthig in Posen bei R.
Barolkowski, F. G. Fraas, J.
Jagelski, Apoth., B. Kirscho-
steln, Apoth., Dr. Mankiewicz
Apoth., J. Schleyer u. Radlauer
zur Rothen Apotheke.
König Wilhelms-Felsenquellen
in Ems.

So wunderbar nach dem ein-
stimmigen Zeugnisse A. v. Hum-
boldt's, Tschudi's, Bonpland's etc.
die Krafteinstellungen der Coca
kauenden Indianer erscheinen, so
wirksam bei Nervenleiden und

Schwächen

jeder Art sind die Coca Pillen III,
deren nachhaltige Erfolge leider
viele Nachahmungen hervorriefen.
Zuverlässige Belehrung über An-
wendung und Eigenschaften dieser
berühmten Pflanze finden die Le-
dende in Prof. Dr. Sampson's
Originalschrift franko gratis:
Posen, Königl. Hof-Apotheke,
Berlin, Schwanen-Apotheke.

Salz-Seringe

vom diesjährigen Fange, fette Waare
empfehle à Postfaß 9—10 Pfd. schwer
zu 3 Mk. franco Postnachnahme, unter
Garantie von 55—60 Stück Inhalt.

P. Brotzen,

Gröslin, Reg.-Bez. Stralsund.
Einige Gr. Theebüchse zu ver-
kaufen b. Portier Wilhelmstr. Nr. 3.

Sünge Leute, fow. Knaben, können
noch in Posen, ob. Halbenf. augen,
werden bei J. Radt, Bronnerstr. 12.

Mit Einführung des Staatsbahn-
nachbarten für den Güterverkehr
zwischen den Stationen der Direktion
Berlin und Breslau vom 1. Jan.
1882 an, sind die in dem gemein-
schaftlichen Tarif vom 1. Januar
1880 für Salztransporte von No-
waslaw nach Stationen der Königs-
berger Nieder-Schlesien-Märkischen
und der ehemaligen Halle-Sorau-Gubener
Eisenbahn — mit Ausnahme der
für Regnitz N.M. und Rammerei-
fort bestehenden Frachtsätze — aus
dem letztgenannten Gemeinschafts-
tarife ausgeschieden und in den erst-
genannten Staatsbahn-Tarif über-
nommen.

Die bisherigen Frachtsätze für
Regnitz N.M. und Rammerei-Fort
treten mit dem 1. Januar 1882 außer
Kraft und finden von diesem Tage
ab eine Güterabfertigung nach Räm-
meri-Fort überhaupt nicht mehr,
und für Regnitz nur nach Regnitz
B. F. statt.

Breslau, den 15. November 1881.
Königliche Direktion der Ober-
schlesischen Eisenbahn im Namen
der Verbands-Verwaltungen.

Schlesisch-Süddeutscher und
Schlesisch-Schweizerischer Ver-
band-Verkehr.

Mit dem 1. Januar 1882 treten
der schlesisch-süddeutsche Verband-
tarif vom 1. Mai bezw. 1. Juli
1878 und der schlesisch-schweizerische
Verbandtarif vom 20. Mai 1880
in ihrem jetzigen Umfange außer
Kraft, was mit Rücksicht auf die
herbeigeführten Tarifver-
änderungen und Inkraftsetzungen
zur öffentlichen Kenntniß
gebracht wird.

Breslau, den 17. November 1881.
Direktion
der Märkisch-Posen Eisenbahn-
Gesellschaft.

Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Kreisstadt Garmkau
unter Nr. 325 in der Bronner-
Straße belegene, dem Erbsitzer
Hermann Schröder, welcher mit
seiner Ehefrau Mathilde in Güter-
gemeinschaft lebt, gehörige Grund-
stück, aus einem Wohnhause mit
Garten, aus einem kleinen Hausgarten
und aus einem Stalle mit Stube
bestehend, welches in den ungetrenn-
ten Gärten von Garmkau liegt
zur Gebäudesteuer mit einem
Anlageverthe von 134 M. ver-
anlagt ist, soll behufs Zwangs-
veräußerung im Wege der nothwen-
digen Substation

Freitag,
den 16. Dezbr. 1881,

Vormittags um 9 Uhr,
im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. II
versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,
die beglaubigte Abschrift des Grund-
buchblattes von dem Grundstück und
alle sonstigen daselbe betreffenden
Nachrichten, sowie die von den
Interessenten bereits gestellten oder
noch zu stellenden besonderen Ver-
kaufsbedingungen können im
Bureau des unterzeichneten Kö-
niglichen Amtsgerichts während der
gewöhnlichen Dienststunden einge-
sehen werden.

Diejenigen Personen, welche
Eigentumsrechte oder welche hypo-
thekarisch nicht eingetragene Real-
rechte, zu deren Wirksamkeit gegen
Dritte jedoch die Eintragung in das
Hypothekenbuch gesetzlich erforder-
lich ist, auf das oben bezeichnete
Grundstück geltend machen wollen,
werden hierdurch aufgefordert, ihre
Ansprüche spätestens in dem obigen
Versteigerungstermine anzumelden.
Der Beschluß über die Ertheilung
des Zuschlags wird in dem auf

den 10. Dezbr. 1881,
Vormittags um 9 1/2 Uhr,
im Gerichtsgebäude hieselbst, Zim-
mer Nr. I anberaumten Termine
öffentlich verkündet werden.

Schwerin a. W.,
den 21. Oktober 1881.
Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Gutow Nr.
16 belegene, im Grundbuche von
Gutow Band I Blatt 147 seqq
eingetragene, dem Watzyn Mintz
welcher mit Marianna geb. Ro-
fada in Gütergemeinschaft lebt, ge-
hörige Grundstück, welches mit
einem Flächeninhalte von 3 ha 63 a
30 qm der Grundsteuer unterliegt
und mit einem Grundsteuer-Steuer-
ertrage von 45 M. 33 Pf. veran-
lagt ist, soll schuldenhalber im Wege
der nothwendigen Substation

Freitag,
den 16. Dezbr. 1881,

Vormittags um 11 Uhr,
im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. II
anberaumten Termine öffentlich ver-
steigert werden.

Garmkau, den 30. Sept. 1881.
Königl. Amtsgericht.

Das in der Stadt Storchest,
Grauhäuser Kreises belegene, zur
Gutmann Michael und Ma-
thilde geb. Hülsen-Mehere-
Grundstück Storchest Nr. 159, wel-
ches nur zur Gebäudesteuer mit
einem Anlageverthe von 135 M.
veranlagt ist, soll behufs Zwangs-
veräußerung im Wege der noth-
wendigen Substation

den 5. Januar 1882,
Nachmittags um 1 Uhr,
in Storchest im Rathhause daselbst
versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,
die beglaubigte Abschrift des Grund-
buchblattes und alle sonstigen das-
selbe betreffenden Nachrichten, sowie
die von den Interessenten bereits
gestellten oder noch zu stellenden
besonderen Verkaufsbedingungen
können in der Gerichtsschreiberei-
Abth. III des unterzeichneten Kö-
niglichen Amtsgerichts während der gewöhn-
lichen Dienststunden eingesehen
werden.

Diejenigen Personen, welche Eigen-
thumsrechte oder welche hypothe-
karisch nicht eingetragene Realrechte,
zu deren Wirksamkeit gegen Dritte
jedoch die Eintragung in das Hypo-

thekenbuch gesetzlich erforderlich ist,
auf das oben bezeichnete Grund-
stück geltend machen wollen, wer-
den hierdurch aufgefordert, ihre
Ansprüche spätestens in dem obigen
Versteigerungstermine anzumelden.
Der Beschluß über die Ertheilung
des Zuschlags wird in dem auf

den 7. Januar 1882,
Vormittags um 10 Uhr,
im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. 8
anberaumten Termine öffentlich ver-
kündet werden.

Lissa, den 1. Nov. 1881.
Königliches Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in der Stadt Schwerin a. W.
belegene, im Grundbuche von Schwe-
rin Stadt Blatt Nr. 426 verzeich-
nete, den Topfmeister Hermann
Julius und Emilie geb. Bach-
Schmidt'schen Eheleuten gehörige
Grundstück, welches zur Gebäude-
steuer mit einem Anlageverthe
von 87 M. veranlagt ist, soll im
Wege der Zwangsveräußerung am

Wittwoch,
den 7. Dezbr. 1881,
Vormittags 9 1/2 Uhr,
im hiesigen Gerichtsgebäude Zimmer
Nr. 1 versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,
die beglaubigte Abschrift des Grund-
buchblattes von dem Grundstück und
alle sonstigen, daselbe betreffenden
Nachrichten, sowie die von den
Interessenten bereits gestellten oder
noch zu stellenden besonderen Ver-
kaufsbedingungen können in der
Gerichtsschreiberei des unterzeich-
neten Könl. Amtsgerichts, Zimmer
Nr. 6 a während der ge-
wöhnlichen Dienststunden eingesehen
werden.

Diejenigen Personen, welche Eigen-
thumsrechte oder welche hypothe-
karisch nicht eingetragene Realrechte,
zu deren Wirksamkeit gegen Dritte
jedoch die Eintragung in das Hypo-

thekenbuch gesetzlich erforderlich ist,
auf das oben bezeichnete Grund-
stück geltend machen wollen, wer-
den hierdurch aufgefordert, ihre
Ansprüche spätestens in dem obigen
Versteigerungstermine anzumelden.
Der Beschluß über die Ertheilung
des Zuschlags wird in dem auf

den 10. Dezbr. 1881,
Vormittags um 9 1/2 Uhr,
im Gerichtsgebäude hieselbst, Zim-
mer Nr. I anberaumten Termine
öffentlich verkündet werden.

Schwerin a. W.,
den 21. Oktober 1881.
Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Gutow Nr.
16 belegene, im Grundbuche von
Gutow Band I Blatt 147 seqq
eingetragene, dem Watzyn Mintz
welcher mit Marianna geb. Ro-
fada in Gütergemeinschaft lebt, ge-
hörige Grundstück, welches mit
einem Flächeninhalte von 3 ha 63 a
30 qm der Grundsteuer unterliegt
und mit einem Grundsteuer-Steuer-
ertrage von 45 M. 33 Pf. veran-
lagt ist, soll schuldenhalber im Wege
der nothwendigen Substation

Freitag,
den 16. Dezbr. 1881,

Vormittags um 9 Uhr,
im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. II
versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,
die beglaubigte Abschrift des Grund-
buchblattes von dem Grundstück und
alle sonstigen daselbe betreffenden
Nachrichten, sowie die von den
Interessenten bereits gestellten oder
noch zu stellenden besonderen Ver-
kaufsbedingungen können im
Bureau des unterzeichneten Kö-
niglichen Amtsgerichts während der
gewöhnlichen Dienststunden einge-
sehen werden.

Diejenigen Personen, welche
Eigentumsrechte oder welche hypo-
thekarisch nicht eingetragene Real-
rechte, zu deren Wirksamkeit gegen
Dritte jedoch die Eintragung in das
Hypothekenbuch gesetzlich erforder-
lich ist, auf das oben bezeichnete
Grundstück geltend machen wollen,
werden hierdurch aufgefordert, ihre
Ansprüche spätestens in dem obigen
Versteigerungstermine anzumelden.
Der Beschluß über die Ertheilung
des Zuschlags wird in dem auf

den 10. Dezbr. 1881,
Vormittags um 9 1/2 Uhr,
im Gerichtsgebäude hieselbst, Zim-
mer Nr. I anberaumten Termine
öffentlich verkündet werden.

Schwerin a. W.,
den 21. Oktober 1881.
Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Gutow Nr.
16 belegene, im Grundbuche von
Gutow Band I Blatt 147 seqq
eingetragene, dem Watzyn Mintz
welcher mit Marianna geb. Ro-
fada in Gütergemeinschaft lebt, ge-
hörige Grundstück, welches mit
einem Flächeninhalte von 3 ha 63 a
30 qm der Grundsteuer unterliegt
und mit einem Grundsteuer-Steuer-
ertrage von 45 M. 33 Pf. veran-
lagt ist, soll schuldenhalber im Wege
der nothwendigen Substation

Freitag,
den 16. Dezbr. 1881,

Vormittags um 11 Uhr,
im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. II
anberaumten Termine öffentlich ver-
steigert werden.

Garmkau, den 30. Sept. 1881.
Königl. Amtsgericht.

Das in der Stadt Storchest,
Grauhäuser Kreises belegene, zur
Gutmann Michael und Ma-
thilde geb. Hülsen-Mehere-
Grundstück Storchest Nr. 159, wel-
ches nur zur Gebäudesteuer mit
einem Anlageverthe von 135 M.
veranlagt ist, soll behufs Zwangs-
veräußerung im Wege der noth-
wendigen Substation

den 5. Januar 1882,
Nachmittags um 1 Uhr,
in Storchest im Rathhause daselbst
versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,
die beglaubigte Abschrift des Grund-
buchblattes und alle sonstigen das-
selbe betreffenden Nachrichten, sowie
die von den Interessenten bereits
gestellten oder noch zu stellenden
besonderen Verkaufsbedingungen
können in der Gerichtsschreiberei-
Abth. III des unterzeichneten Kö-
niglichen Amtsgerichts während der gewöhn-
lichen Dienststunden eingesehen
werden.

Diejenigen Personen, welche Eigen-
thumsrechte oder welche hypothe-
karisch nicht eingetragene Realrechte,
zu deren Wirksamkeit gegen Dritte
jedoch die Eintragung in das Hypo-

thekenbuch gesetzlich erforderlich ist,
auf das oben bezeichnete Grund-
stück geltend machen wollen, wer-
den hierdurch aufgefordert, ihre
Ansprüche spätestens in dem obigen
Versteigerungstermine anzumelden.
Der Beschluß über die Ertheilung
des Zuschlags wird in dem auf

den 10. Dezbr. 1881,
Vormittags um 9 1/2 Uhr,
im Gerichtsgebäude hieselbst, Zim-
mer Nr. I anberaumten Termine
öffentlich verkündet werden.

Schwerin a. W.,
den 21. Oktober 1881.
Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Gutow Nr.
16 belegene, im Grundbuche von
Gutow Band I Blatt 147 seqq
eingetragene, dem Watzyn Mintz
welcher mit Marianna geb. Ro-
fada in Gütergemeinschaft lebt, ge-
hörige Grundstück, welches mit
einem Flächeninhalte von 3 ha 63 a
30 qm der Grundsteuer unterliegt
und mit einem Grundsteuer-Steuer-
ertrage von 45 M. 33 Pf. veran-
lagt ist, soll schuldenhalber im Wege
der nothwendigen Substation

Freitag,
den 16. Dezbr. 1881,

Vormittags um 9 Uhr,
im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. II
versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle,
die beglaubigte Abschrift des Grund-
buchblattes von dem Grundstück und
alle sonstigen, daselbe betreffenden
Nachrichten, sowie die von den
Interessenten bereits gestellten oder
noch zu stellenden besonderen Ver-
kaufsbedingungen können in der
Gerichtsschreiberei des unterzeich-
neten Könl. Amtsgerichts, Zimmer
Nr. 6 a während der ge-
wöhnlichen Dienststunden eingesehen
werden.

Diejenigen Personen, welche Eigen-
thumsrechte oder welche hypothe-
karisch nicht eingetragene Realrechte,
zu deren Wirksamkeit gegen Dritte
jedoch die Eintragung in das Hypo-

thekenbuch gesetzlich erforderlich ist,
auf das oben bezeichnete Grund-
stück geltend machen wollen, wer-
den hierdurch aufgefordert, ihre
Ansprüche spätestens in dem obigen
Versteigerungstermine anzumelden.
Der Beschluß über die Ertheilung
des Zuschlags wird in dem auf

den 10. Dezbr. 1881,
Vormittags um 9 1/2 Uhr,
im Gerichtsgebäude hieselbst, Zim-
mer Nr. I anberaumten Termine
öffentlich verkündet werden.

Schwerin a. W.,
den 21. Oktober 1881.
Königl. Amtsgericht.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Dorfe Gutow Nr.
16 belegene, im Grundbuche von
Gutow Band I Blatt 147 seqq
eingetragene, dem Watzyn Mintz
welcher mit Marianna geb. Ro-
fada in Gütergemeinschaft lebt, ge-
hörige Grundstück, welches mit
einem Flächeninhalte von 3 ha 63 a
30 qm der Grundsteuer unterliegt
und mit einem Grundsteuer-Steuer-
ertrage von 45 M. 33 Pf. veran-
lagt ist, soll schuldenhalber im Wege
der nothwendigen Substation

Freitag,
den 16. Dezbr. 1881,

Vormittags um 11 Uhr,
im Gerichtsgebäude, Zimmer Nr. II
anberaumten Termine öffentlich ver-
steigert werden.

Garmkau, den 30. Sept. 1881.
Königl. Amtsgericht.

Das in der Stadt Storchest,
Grauhäuser Kreises belegene, zur
Gutmann Michael und Ma-
thilde geb. Hülsen-Mehere-
Grundstück Storchest Nr.



Kaiserlich Deutsche Post. Hamburg-Amerikanische Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.

Direkte Post-Dampfschiffahrt S a m b u r g - N e w - Y o r k.

regelmäßig zwei Mal wöchentlich,
jeden Mittwoch und jeden Sonntag, Morgens v. n. Hamburg.
Suevia 20. Novbr. Wieland 30. Novbr. Cimbria 14. Dezbr.
Frifia 23. Novbr. Westphalia 7. Dezbr. Silefia 18. Dezbr.
Vandalia 27. Novbr. Bohemia 11. Dezbr. Gellert 21. Dezbr.

Hamburg-Westindien,

am 7. und 21. jeden Monats von Hamburg
nach St. Thomas, Venezuela, Puerto Rico, Hayti, Suracao, Sabanilla, Colon und Westküste Amerika's.

Hamburg-Haiti-Mexico,

am 27. jeden Monats von Hamburg
nach Cap Hayti, Gonaves, Port au Prince, Vera Cruz, Tampico und Progreso.
Auskunft wegen Fracht und Passage erteilt der Generalbevollmächtigte

August Bolten, Wm. Miller's Nachf. in Hamburg.

Admiralitätsstrasse 33/34. (Telegramm-Adresse: Bolten, Hamburg.)
sowie in Rurnik: Fridor Spiro, in Breschen: Abr. Kantorowicz, in Poln.-Lissa:
Gebr. Jakubowski, in Kempen: Salomo Eisner, in Rogasen: Julius Geballe.

**Strauß- und Fantasie-Federn, Pariser
Blumen, in noch nie dagewesener Auswahl und
Feinheit, zu auffallend billigen Preisen
bei ARON, Schuhmacherstr. 11, Parterre i. d. Wohnung.**

Düsseldorf 1880 einziger höchster Preis: Staats-Medaille.
Das allein echte Eau de Cologne,
erfunden 1695 von Johann Paul Feminis, wird ausschließlich fabricirt
von Johann Anton Farina zur Stadt Mailand, Hofstrasse 129 in
Köln a. Rh., ältester Rgl. Preuss. Hoflieferant l. C. D. vom 27. Sept.
1817 und 27. August 1877 zc. zc.
Gelegentlich deponirte Marke: blau und rothe Etiquette.

Niederlage in Posen: **Adolph Asch Söhne.**

Die alleinige Haupt-Niederlage der von der
Regierung und Reichspost angeschafften

patentirten Fuhrmann'schen Geldschränke

von Moritz Brandt, Posen,

offerirt hiermit diese in allen Grössen vorrätigen
Geldschränke zu

Fabrik-Preisen.

Fabrik-Prospecte stehen gratis u. franco zu Diensten.

Soeben erschien und ist vor-
rätig:
**Der kleine, mittlere
und große Grundbesitz
der Provinz Posen,**
von einem Landwirth.
Preis brochirt 4 Mark.

**Joseph Solowicz,
Buchhandlung,
4. Markt 4.**

Hotel I. Ranges

(Frankheitshalber) kann sofort über-
nommen werden. 10,000 Mark sind
dazu erforderlich. Das Nähere erth.
Gr. Nawrocki, Dominikanerstr. Nr. 2.

Magdeb. Sauerkohl, russ. Zucker-
schotten, Birnen, Aepfel, Pfäumen-
mus und Pfäumen, türk. u. franz.,
Steinpilze, Prünellen, Maronen, ital.,
empfehlen

J. N. Leitgeber.

Gute trockene rothbuche-
Felgen, 4"/5" stark, sowie
gute trockene rothbuche-
Böhlen, in Stärken von 2",
2 1/2", 3" und 4" offerirt billigt
und liefert frei Bahn

Dom. Eisenau

bei Bärenwalde, Kreis Schlochau.

Zur besonderen Beachtung!

Mein seit vielen Jahren als vor-
züglich empfohlenes Heilverfahren
gegen Schwächezustände, Rücken-
markleiden, nervöses Zittern,
frankhafte Pollutionen zc. bringe
hiermit in Erinnerung.

Näheres durch Brochüren, mit
privaten und polizeilich beglaubigten
Attesten, versende gratis.

**Fr. Brückner, Apotheker,
Breslau, gr. Scheitnigerstr. 10b.**

1 tüchtiger Tapezier,
selbständiger Arbeiter, findet unter
Garantie dauernde Beschäftigung bei
**S. Rozlowicz,
Inowrazlaw.**

1 tüchtigen Buchhalter,
der deutschen und polnischen Sprache
mächtig, sucht zum sofortigen Antritt
**Anton Kratochwill,
Mühlenstr. Nr. 42.**

Ein Lehrling
findet unter günstigen Bedingungen
Stellung bei **Levy & Rothholz,
Comen- u. Produkten-Gesellschaft.**

Ein Buchhalter, mit der dopp.
u. einf. Buchführung vertraut, sucht
Stellung per sofort oder per Ja-
nuar. Offerten unter S. 10 postl.
Posen.

Unverh. Gärtner, Wirthinnen
und Stubenmädchen aufs Land und
Köchin für die Stadt finden gute
Stellen durch
E. Anders, Mühlenstr. 26.

Ein j. Mann, Eisenhändler,
mosaisch, sucht, gestützt auf Prima-
Referenzen per 1. Januar cr.
Stellung. Offert. unter L. L.
postl. Grätz erbeten.

Ein alter, erfahrener, alleinstehender
Landwirth,
über 40 J. im Fach, poln. u. deutsch
sprechend, so auch im Forstfach er-
fahren, die best. Zeugnisse besitzt, sucht
Stellung sofort oder pr. 1. Januar.
Gefällige Offerten erbeten unter
R. P. L. Bentschen.

In einer vorzüglichen Stellung
wird ein

Inspektor,
unverheirathet, beider Landessprachen
mächtig, bei einem Gehalt von 500
bis 750 Mark und freier Station
per 1. Januar gesucht unter A. W.
189, Birnbaum.

Ein gebild. Landwirth,
etwas polnisch sprechend,
kath. Konfession, welcher in Schlesien
gelernt hat, und drei Jahre beim
Fach ist, sucht unter bescheidenen
Ansprüchen Stellung als Assistent.
Adresse bitte zu richten unter Nr.
24 in Ratibor postlagernd.

**Polnisch sprechende Wirth-
schafts-Inspektoren, Beamte,
Rechnungsführer und Assistenten
suche ich für bald u. zu Neujahr.**

A. Werner,
Wirtschafts-Inspektor und
landwirthschaftlicher Tagator.
Breslau, Taschenstr. 8, I. Et.

Ein unverheiratheter deutscher, der
polnischen Sprache mächtiger
Wirtschafts-Inspektor,
nicht über 40 Jahre alt, findet zum
1. Jan. 1882 Stellung auf der Herrsch.
Schludowo. Freie Station u. 1200 Mk.

Ein Ziegelmeister
mit der Fabrication sämtlicher
Waaren, das Brennen mit Ring- u.
and. Ofen gründlich vertraut, mit
guten Zeugnissen, fautionsfähig, sucht
bald oder Neujahr 1882 Stellung.
Gef. Offerten erbeten H. H. 30 in
d. Exped. d. Zta.

W. Wrzeszinski's Hôtel

(Hepners Nachfolger)

empfehlen dem geehrten reisenden Publikum sein auf's Feinste und
Bequemste neu eingerichtete

Hôtel und Restaurant.

Hôtelwagen zu jedem Tage.

Für reelle Bedienung, gute Speisen und Getränke ist bestens gesorgt.

Billigste Preise!

In unserem Verlage erschien soeben:

Comptoir-Wandkalender

für 1882.

Im Duzend 1 M. 80 Pf., einzeln 20 Pf.

Hofbuchdruckerei W. Decker & Co.

(E. Röstel.)

Kirchen-Nachrichten für Posen.

Kreuzkirche. Sonntag d. 20. Nov.
(Totenfest.) Vorm. 8 Uhr:
Abendmahl. Um 10 Uhr Pre-
digt: Herr Pastor Jehn. Nach-
mittags 2 Uhr Herr Superinten-
dent Klette.

St. Pauli-Kirche. Sonntag, 20. Nov.
(Totenfest.) Vorm. 9 Uhr Abends-
mahlfeier: Hr. Konf.-Rath Rei-
chard. 10 Uhr Predigt: Herr
Pastor Schlecht. (12 Uhr Son-
tagschule.) Abends 6 Uhr:
Liturgischer Gottesdienst: Herr
Konf.-Rath Reichard.

Petri-Kirche. Sonntag den 20.
Nov. (Gedächtnis der Verstorbe-
nen.) Vorm. 10 Uhr Predigt: Herr
Dionysius Schröder. 11 1/2 Uhr
Sonntagschule. Nachm. 2 Uhr:
Christenlehre: Herr Dionysius
Schröder.

Garnisonkirche. Sonntag den 20.
Nov. (Gedächtnisfeier der Ver-
storbenen.) Vorm. 10 Uhr Herr
Militär- u. Obergparrer Textor.
(Abendmahl.) Abends 6 Uhr:
Liturgische Andacht.

Evangelisch-luth. Gemeinde.
Sonntag den 20. Novbr. Vorm.
9 1/2 Uhr: Predigt: Herr Super-
intendent Kleinwächter.
Mittwoch den 23. Novbr., Abends
7 1/2 Uhr: Herr Superintendent
Kleinwächter.

In den Parochien der vorgenann-
ten Kirchen sind in der Zeit vom
11. bis 18. Nov.:
Getauft 19 männl., 6 weibl. Pers.
Gestorb. 6 " 6 " "
Getraut 9 Paar.

Familien-Nachrichten.

Die Verlobung ihrer Tochter
Ulla mit dem Rechtsanwalt Herrn
Bernhard Breslau hier selbst be-
ehren sich anzugeben.
Berlin, den 15. November 1881.
Eduard Mamroth und Frau,
Emma, geb. Fringsheim.

Dr. S. Diez,
Rosalie Diez, geb. Caro.
Vermählte.

Die Beerdigung des Schriftsetzers
Germann Lehmann findet am
Sonntag, den 20. d. Mts., Nachm.
3 Uhr, vom Trauerhause, Halb-
dorfstrasse 15, aus statt.

☐ M. 23. XI. A. 7. I. Bof. III.
Of. ☐
Kosmos ☐ M. 21. XI. 81.
A. 8. Gr. L. II u. III.

Handwerker-Verein.

Montag den 21. Novbr.,
Abends 8 Uhr,
Bismarckstrasse Nr. 9:

Vortrag

des
Herrn Rektor Freyer

über
Serienkolonien.

Nichtmitglieder 50 Pf.

Simon,

Friedrichstrasse 30.

Heute:

**Pökelfleisch, Erbsen und
Sauerkohl.**

Täglich frische Flaki.

Sonabend, den 19. d. M.:
**Pökelfleisch mit Erbsen und
Sauerkohl sowie
Tanzkränzchen**
bei **T. Kupozyk in Jerzyce.**

Knoebel,

15. Bergstrasse 15.

Heute **Eisbeine und Flaki.**

Sonabend

Eisbeine.

N. Pudelewicz, Wallischei 5.

Bismarck-Tunnel.

Heute Abend

Eisbeine.

Heute Wurstabend, wozu er-
gebenst einladet **Wwo. Smazok,**
St. Adalbert 1.

Heute Abend Eisbeine
bei **E. Niebel, St. Martin 62.**

Grand Restaurant

Wasserstrasse 27, 1. Etage.

Heute Abend:

**gespizten Hecht
und Eisbeine.**

Tilsner & Schlichting.

Heute zum Frühstück: Flaki,
Abends **Eisbeine**

bei **S. Polinski, Breslaustr. Nr. 32.**

Heute Sonabend **Kesselmurft.**
O. Sundmann jetzt **Musiatowska,**
St. Martin 78.

Heute Sonabend: **Eisbeine.**
L. Joseph, Wiener Tunnel.

Restitutions-Schwärze
von **Albert Sauntermeister**
Apotheker,

Klosterwald (Hohenjollen),
das vortreffliche Mittel, um
abgetragene dunkle u. schwarze
Kleider, Möbelstoffe, Sam-
met, Filzhüte, besonders auch
die dunklen Militärfleider
zc. zc. durch einfaches Bürsten
mit dieser Flüssigkeit, ohne sie
zu zerreißen, wieder anzu-
färben, daß sie wie neu er-
scheinen, ist in Flaschen zu
60 Pf. und 1 M. zu beziehen
durch **F. G. Fraas, Posen.**
General-Depot für Nord-
deutschland bei **C. Berndt
& Co., Leipzig.**

Das bekannte und be-
währte Hof-Apotheker
Boxberger's
Hühneraugenpflaster

Preis pro Rolle 50 Pf.
Vorrätig in Posen in
allen Apotheken, in Obor-
nik bei Apotheker Liess.

Leipziger Feuerversicherungs- Anstalt

gegründet 1819,

übernimmt Versicherungen

gegen **Feuers-Gefahr**

und Explosion zu **billigen**

festen Prämien.

JuliusBreite

Haupt-Agent
Posen, Baderstr. 12.

Freiwilligen-Examen.

Neue Curse haben begonnen.
Auch Privatstunden.
Posen, Friedrichstrasse 19.
Dr. Thelle.

100 M. erhalten.
Wwe. J. S.

Lambert's Concertsaal

Dienstag,

den 22. November cr.,

Abends präc. 7 1/2 Uhr.

I. Sinfonie-Concert.

gegeben von dem Musikcorps
1. Westpr. Gren. Reg. Nr. 6.

Programm:

1. Sinfonie D-dur Lassen.
2. Der Mattenfänger von Gar-
meln. Symphonische Dä-
mung. Geisler.
3. Ouverture zu Die Jung-
frau v. Orleans. Seifrid.
4. Sinfonie G-dur Haydn.

5 Billets für 3 Mark sind
zu haben in der Hof-Buch- u.
Musikalienhandlung der Herren

Ed. Fote & G. Bock.

Raffenspreis 1 Mark.

Rauchen ist nicht gestattet.

W. Appold,
Rgl. Musik-Diregent.

Stadt-Theater.

Sonabend, den 19. Novbr. 1881
bleibt das Theater wegen Vorber-
tung zur **Geyer-Wally** geschlossen.

Die Geyer-Wally.

B. Heilbronn's
Volksgartentheater.

Sonabend, den 19. Novbr. cr.:
Wünsche und Träume oder Die
Laune des Glücks. Posen.

Novität mit Gesang und Tanz in
3 Akten und 1 Vorspiel von E. Sa-
cobson und D. Girndt. Musik von
Conradi.

Die Direction.
B. Heilbronn.

Auswärtige Familien- Nachrichten.

Verlobt. Frl. Helene Berlin in
Kallübe mit Lieutenant der Rei-
chenreich Steuer in Neuenkirchen.
Frl. Ulla Mamroth mit Rechtsan-
walt Bernhard Breslau in Berlin.
Frl. Elise Böcker mit Herrn Conrad
Boeder in Hohenlimburg.

Verheiratet. Herr Gerb. August
Nerwegen mit Frl. Clara Gähnel
in Dresden. Herr Robert Schwann
mit Fräulein Hedwig Marfeldt in
Berlin.

Gestorben: Sanitätsrath Dr.
Geht in Stralsund. Herr. Frau
Majorin Anna von Hartwig, geb.
Meyer in Halberstadt. Hauptmann
a. D. Franz Glasenapp in Stolp.
Herr Moriz D. Goldschmidt in
Hamburg. Berg- und Hüttenin-
genieur Karl Paul Herter in Dre-
den-Plauen. Frau Louise Dohm,
geb. Bruchmüller in Seelow. Frau
Auguste Weber, geb. Wirth in
Berlin.

Für die Inserate mit Ausnahme
des Sprechsaals verantwortlich der
Verleger.